

Bezugspreis: Vierteljährlich 3,00 — 3/4, monatlich 1,00 — 1/4, frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 1,00 — 1/4, einsechste Vierteljahrsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Westpreußen, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Rußland 2,00 — 1/4, für das übrige Ausland 2,50 — 1/4. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Grimmzeit“ und der Beilage „Siedlung und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die abgedruckten Kompositionen kosten 5,50 M. „kleine Anzeigen“ das fertige Wort 1,50 M. (unabhängig vom fertigen Wort) je Zeile, weitere Wort 1 — 1/2 M. Stellenanzeigen und Schlußzeilenanzeigen aus 1000 W. 1/2 M. jedes weitere Wort 50 W. Worte über 10 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 2 — 3. Die Preise verstehen sich einschließlich Zensurgebühr. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags im Sonntagsblatt, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Öffnen von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90 — 151 97

Donnerstag, den 28. April 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53 — 54

Frankreichs „Unannehmbar“.

Im Mittelpunkt der Erörterung über die Weltlage steht augenblicklich die weiter unten wiedergegebene offiziöse Erklärung aus Paris, wonach auch die neuen Vorschläge für Frankreich unannehmbar sind. Eine andere Erklärung ist wohl nirgends erwartet worden, denn nach der wochenlangen Bearbeitung der französischen öffentlichen Meinung gegen alle Verhandlungen, für eine Politik der Gewalt, waren Vorschläge Deutschlands, die ohne weiteres für annehmbar erklärt worden wären, überhaupt nicht denkbar. Es ist abzuwarten, ob nicht in den nächsten Tagen ruhigere Stimmen aus Frankreich und aus dem Lager der übrigen Alliierten das Übergewicht erlangen werden über die erregte Sprache, das man jetzt noch führt und auf die man drüben heute noch nicht verzichten könnte, selbst wenn es sich nur darum handeln sollte, den Übergang zu einer sachlicheren Beurteilung der deutschen Vorschläge vorzubereiten.

Die Vorschläge sollen keine geeignete Unterlage für eine föderliche Aufnahme der Verhandlungen sein. Aber die deutsche Regierung hat durch ihren einstimmigen Kabinettsbeschluss dem Präsidenten Harding gegenüber erklärt, daß sie bereit sei, ihre Vorschläge so abzuändern, daß sie als Grundlage neuer Verhandlungen angenommen werden können. Und auch dann, wenn sie abgeändert und als Grundlage angenommen sind, sollen sie erst die Verhandlungen beginnen, in denen eine weitere Abänderung möglich ist.

Diese bis aufs äußerste getriebene Elastizität der deutschen Regierungspolitik muß es den Franzosen schwer machen, ihre Behauptung aufrechtzuerhalten, Verhandlungen hätten überhaupt keinen Sinn mehr, und es bleibe weiter nichts übrig, als zu Gewaltmaßnahmen zu greifen.

Das sei hier ausdrücklich festgestellt auch auf die Gefahr hin, noch einmal den Jura des Herren Helfferich zu erregen, der gestern im Reichstag erklärt hat, der „Vorwärts“ rate zu noch weiteren Zugeständnissen an die Entente. Der „Vorwärts“ hat in diesem Stadium der Angelegenheit überhaupt keinen Rat erteilt — manches wäre vielleicht anders gemacht worden, wenn es nach seinem Rat gegangen wäre —, er hat nur auseinandergesetzt, was in den einstimmig gefassten Beschlüssen der Reichsregierung drinnen steht. Er hat die einstimmige Bereitwilligkeit der Regierung festgestellt, ihre Vorschläge nach dem Rat Amerikas noch weiter abzuändern, und er hat daraus den Schluß gezogen, daß damit jeder Gewaltpolitik gegen Deutschland der Boden entzogen ist.

Wenn Helfferich meint, daß damit die Interessen der Entente vertreten würden und nicht die Interessen Deutschlands, so mag er seine Anklagen gegen die Regierung richten, die ihm zum Teil näher steht als uns, nicht aber gegen den „Vorwärts“ und gegen die Sozialdemokratie. Das Angebot der Regierung bedeutet materiell und moralisch ein so furchtbares Opfer, daß der von uns ausgesprochene Wunsch, es möchte wenigstens nicht umsonst gebracht sein, immer noch erlaubt sein muß. Dieses Angebot bedeutet einen Versuch, durch Versprechen und Hingabe des Besten den Boden für eine ruhige Entwicklung Europas in den nächsten Jahren zu schaffen. Daß dieser Versuch, nachdem er einmal unternommen worden ist, nicht mutwillig durchkreuzt werden darf und daß es jetzt auf ein bißchen mehr oder weniger nicht ankommt, um den angestrebten Erfolg zu erreichen, ist allerdings unsere feste Überzeugung.

Hinter das, was jetzt geboten ist, kann keine Regierung mehr zurück, nicht einmal eine deutschnationale. Um aber trotzdem unter möglichst lautem Geschrei alle Töpfe kaputtzuschlagen und Deutschland zu den gemachten ungeheuren Zugeständnissen womöglich noch die Unannehmlichkeiten einer erweiterten Okkupation aufzuhalsen, dazu gehört eine Robustheit des Gewissens, die uns nicht eigen ist. Dazu muß man schon deutschnational sein!

Paris, 27. April. (WZ.) Havas verbreitet folgende Mitteilung: Die zuständigen Kreise erklären die neuen deutschen Gegenvorschläge, wie sie durch ein Havas-Telegramm bekannt gemacht worden sind, für vollkommen unannehmbar. Das Außenministerium ist amlich von diesen Vorschlägen noch nicht in Kenntnis gesetzt worden, die keine Unterlage für eine föderliche Wiederaufnahme der Unterhandlungen bieten. Die von der Reichsregierung zu Reparationszwecken angegebenen Zahlen sind durchaus ungenügend, da sie um mindestens 100 Milliarden hinter den Summen der Pariser Abmachungen zurückbleiben, die von den Verhandlungsregierungen als Mindestforderung betrachtet werden. (1) Deutschland wird sich wohl verpflichten, innerhalb einer Frist von drei Monaten eine Abschlagszahlung von einer Milliarde Goldmark zu zahlen; es verbleibt aber vollständig, daß noch ein Restbetrag von 12 Milliarden Goldmark aussteht auf die am 1. Mai fällige erste Rate von 20 Milliarden Goldmark. Andererseits schlägt Deutschland vor, sich an dem Wiederaufbau der zerstörten Kampfgebiete zu beteiligen und unter ge-

wissen Umständen an Stelle der Verbandsregierungen die Schulden derselben den Vereinigten Staaten gegenüber zu bezahlen.

Aber alle diese Anerbietungen sind von einer Menge Vorbedingungen abhängig, die ihren Wert ganz bedeutend herabmindern. Deutschland geht so weit, die Aufhebung aller Zwangsmaßnahmen zu fordern, also nicht nur der kürzlich verhängten, sondern sogar auch die Befehle des linken Rheinufers, die doch im Friedensvertrag von Versailles ausdrücklich vorgelesen ist. Zum Ausgleich für diese Vorschläge beansprucht Deutschland, aller seiner übrigen Verpflichtungen für Reparationszwecke los und ledig zu werden. Mit der einen Hand bietet es weniger, als es schuldig ist, um mit der anderen Hand gleichzeitig mehr zu nehmen, als seine zukünftigen Zahlungen ausmachen würden.

Auch Belgien ablehnend?

London, 27. April. (Reuter.) Der belgische Minister des Äußeren, Jaspar, wird bis nach dem Zusammentritt des Obersten Rates in London bleiben. Er erklärte, Belgien könne den deutschen Vorschlag, der nicht auf dem Pariser Übereinkommen basiert sei, nicht annehmen. Seiner Meinung nach ist die letzte deutsche Note kein wirklicher Fortschritt. Jeder Vorschlag aus Berlin müsse auf den Pariser Bedingungen basieren. Der Vertreter Frankreichs, Loucheur, wohnte heute einer Zusammenkunft der Reparationsfachverständigen bei, die den deutschen Vorschlag prüften und der Meinung sind, daß er den französischen Forderungen in seiner jetzigen Form nicht zu entsprechen vermag. Loucheur sieht die deutsche Note nicht als ernsthaft an.

Loucheurs Kritik.

London, 27. April. (G.) Der Londoner Korrespondent des „Temps“ hatte eine Unterredung mit dem Minister Loucheur über die deutschen Vorschläge. Der Minister erklärte unter anderem: Wir werden uns wahrscheinlich mit der deutschen Note, deren Text man nun kennt, beschäftigen. Um offen zu sprechen: diese Note erscheint unverständlich und ich sehe nicht, wie sie als Grundlage von ernstlichen Unterhandlungen dienen kann. Wenn ich sie recht verstehe, so bieten die Deutschen eine Gesamtzahlung von 200 Milliarden Goldmark innerhalb 40 Jahren an. Da sie den gegenwärtigen Wert dieser Entschädigungssumme mit 50 Milliarden berechnen, so würde dies auf einen Zinsfuß von 10 Prozent herauskommen. Der § 3 der Note erklärt aber, daß Deutschland nur 4 Prozent Zinsen zahlen könne. Eine derartige Berechnung ist schwer zu verstehen. Uebrigens kann ich nicht sagen, daß das neue deutsche Angebot eine Vermittlung zwischen dem Pariser Abkommen und dem Angebot des Dr. Simons in London bilde. Der Gegenwartswert der am 29. Januar in Paris festgesetzten Entschädigungssumme betrug 120 Milliarden Goldmark, während Dr. Simons 30 Milliarden anbot. Wie man diese Frage auch betrachtet, das deutsche Angebot scheint auf irgendeine Weise die Summe von 70—80 Milliarden verschwinden zu lassen. Der Minister fügte schließlich noch hinzu, daß die Beratungen mit den alliierten Sachverständigen nicht allein den deutschen Vorschlägen, sondern auch den Zwangsmaßnahmen gelten werden.

Englische Stimmen.

London, 27. April. (G.) Verschiedene englische Blätter nehmen bereits zu den deutschen Gegenvorschlägen Stellung. Die „Times“ meint, das deutsche Angebot sei aber noch immer niedriger als die Forderungen der Alliierten, die das Minimum ihrer Ansprüche darstellten. Es sei bedauerlich, daß Deutschland neue Zahlungsausschübe verlangt, die nicht mehr zugewilligt werden könnten. — Die „Daily News“ sagt: Gleichwohl es möglich wäre, Deutschland zu zwingen, mehr zu zahlen als es anbietet, muß doch gesagt werden, daß Deutschland mehr anbietet, als Frankreich im Falle einer Ruherbestimmung erhalten könnte. — Die „Daily Mail“ lehnt das deutsche Angebot rundweg ab. Sie sagt, daß der allgemeine Eindruck in autorisierten Kreisen Londons der Note ungünstig sei, und es sei deshalb wahrscheinlich, daß die Konferenz der französischen und englischen Sachverständigen heute zu einer Beschlussfassung kommen werde.

Günstiger Eindruck in Amerika?

Paris, 27. April. (WZ.) Wie „Chicago Tribune“ aus Washington meldet, herrscht in wohlunterrichteten Kreisen volles Vertrauen, daß der gegenwärtige Notenauflauf über das ergänzende deutsche Angebot zu einem Übereinkommen führen werde.

Die amerikanische Presse ist in ihren Ansichten geteilt. „New York World“ sagt: „Wenn das deutsche Anerbieten den Alliierten nicht genügt, so kommt es ihren Forderungen doch wenigstens nahe genug, um die erste Erwägung zu verdienen.“ — „Tribune“ schreibt: Das neue Anerbieten ist einfach das Londoner Anerbieten in anderer Gestalt. Es ist ein ungeschickter Versuch, den Vertrag abzuschwächen. — „New York Times“ meint: Die den Vorschlägen angefügten Bedingungen lassen das Anerbieten unannehmbar erscheinen.

„Entente-Agenten“.

Die große Reichstagsdebatte über die auswärtige Lage wurde von vornherein dadurch abgekürzt, daß sämtliche Regierungsparteien sich auf eine gemeinsame Erklärung geeinigt hatten, genau vier Wochen nach der Rückkehr der deutschen Delegierten aus London. Abgesehen von diesem nicht unerheblichen Zeitgewinn war auch die Tatsache erfreulich, daß mit der Verlesung dieser an sich recht farb- und inhaltlosen Erklärung ein Abgeordneter der Deutschen Volkspartei, Dr. Rießer, beauftragt wurde. Denn damit sind die Verantwortungen nach dieser Richtung hin klar umschrieben: Nachdem sowohl die volksparteilichen Mitglieder des Reichskabinetts der Übermittlung neuer Gegenvorschläge und ihrem Inhalt zugestimmt haben, nachdem ferner die ganze Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei sich der gemeinsamen Vertrauenserklärung der Koalitionsparteien für Dr. Simons nicht nur vorbehaltlos angeschlossen, sondern sogar eins ihrer Mitglieder mit der Verlesung beauftragt hat, so kann in Zukunft von dieser Seite des Hauses, und mag sie sich sonst noch so nationalisistisch gebärden, die Mitverantwortung für das Geschehene nicht mehr abgestritten werden. Die von den Deutschnationalen gegen Dr. Simons erhobene Anklage der nationalen Würdelosigkeit richtete sich nunmehr auch gegen jedes einzelne Fraktions- und Parteimitglied der Deutschen Volkspartei, z. B. gegen Herrn Hugo Stinnes, gegen Herrn Stresemann, gegen Herrn Rippler, welcher letzterer neben seiner Eigenschaft als deutsch-volksparteilicher Abgeordneter auch den Posten eines Chefredakteurs der „Täglichen Rundschau“ bekleidet. Und wenn derselbe Herr Rippler am gestrigen Vormittag in seinem Blatte, wie die „Kreuzzeitung“ mit boshafter Genugtuung ausdrücklich festhält, von dem „nach Form und Inhalt die nationale Würde verletzenden und die nationalen Interessen preisgebenden Angebot an Harding“ sprach, und am gleichen Nachmittag durch den Mund seines Parteifreundes Dr. Rießer schweren Herzens, aber im Vollgefühl seiner Verantwortung sein Einverständnis mit den getanen Schritten aussprechen ließ, so hat er damit ein erbauliches Beispiel deutsch-volksparteilicher Gesinnungstüchtigkeit geliefert.

Diese Feststellungen sind leider notwendig, weil bekanntlich die Volkspartei sich gern und möglichst bald durch Ausschneiden aus der Regierung aus dieser ganzen peinlichen Affäre ziehen und jene Bewegungs- und Schimpffreiheit wiedererlangen möchte, von der sie einst gegen die Sozialdemokratie in ähnlichen Situationen so ausgiebigen Gebrauch machte und die sie gegenwärtig völlig dem Stall herzt überlassen muß. Die seinerzeit bei der Weimarer Entscheidung von den beiden Reichsparteien abgegebenen Ehrenerklärungen sind so rasch in Vergessenheit geraten, daß die Hoffnung der Volksparteiler, sie könnten bald nach ihrem Austritt aus der Regierung das alte Verleumdungsspiel gegen eine etwa wiederum regierende Sozialdemokratie wieder aufnehmen, nicht unbegründet erscheint. Wir indessen werden dafür sorgen, daß man im Volke nicht so bald vergißt, daß die Deutsche Volkspartei den Bergweilungsschritt Simons' dem amerikanischen Präsidenten gegenüber und vor allem das 200-Milliarden-Angebot mit allem, was drum und dran hängt, feierlich gedeckt hat.

Daß die Sozialdemokratie, obgleich sie außerhalb der Regierungskoalition steht und obgleich sie nach allem, was in den letzten Wochen sowohl auf innerpolitischem wie auch auf außenpolitischem Gebiet geschehen ist, nicht daran denkt, die Lage der Reichsregierung im gegenwärtigen hochkritischen Augenblick zu erschweren, hat die Rede des Genossen Hermann Müller bewiesen.

Unsere Partei trägt wahrhaftig keinerlei Verantwortung für die Schritte des Kabinetts. Das ist an dieser Stelle schon betont worden, aber es sei der Genauigkeit halber etwas hinzugefügt, daß in einer Beziehung die Sozialdemokratie einen Einfluß auf dies neue deutsche Angebot zu nehmen versucht hat: sie hat nämlich nicht nur an den Amsterdamer Beschlüssen hervorragend mitgewirkt, sie hat sofort nach der Beendigung der Amsterdamer Konferenz einen Druck auf die Regierung ausgeübt, damit sie sich zu dem Wiederaufbauprogramm der Gewerkschaften und zu den sonstigen Beschlüssen und Anregungen der politischen Arbeiter-internationale unzweideutig bekenne, und sie hat dies auch erreicht. Diese indirekte Mitwirkung an den deutschen Vorschlägen wollen wir gern auf uns nehmen und haben inzwischen mit Genugtuung aus zahlreichen Pariser und Londoner Pressemeldungen feststellen können, daß gerade dieser Teil der deutschen Vorschläge auf die Entente einen tiefen und günstigen Eindruck gemacht hat.

Aber damit ist die positive Arbeit der Sozialdemokratie, als der weitaus stärksten Vertreterin der Interessen des arbeitenden Volkes und der republikanischen Ideale, noch nicht erschöpft. Es gilt in dieser furchtbar ernsten Stunde, den Kampf gegen alles zu führen, was die Lage Deutschlands noch verzweifelter gestalten kann. Und deshalb war es nicht

zur durchaus angebracht, sondern im höchsten Maße notwendig, mit der gewissenlosen nationalistischen und monarchistischen Agitation abzurechnen, die systematisch darauf ausgeht, den schlimmsten Feinden Deutschlands Gründe und Vorwände zur Unnützigkeit in die Hände zu spielen. Die Wut, mit der die Deutschnationalen, Helfferich und Westarp an der Spitze, unsern Redner unterbrachen, ist uns der beste Beweis für die Richtigkeit seines Vorstoßes.

Wie? Dieselben Kräfte, die Deutschland in namenloses Unglück und Elend gestürzt haben, machen sich unter dem Beifall eines denkfähigen, verbündeten Bürgertums wieder breit; sie predigen den Widerstand auch gegen solche Bestimmungen des Versailler Vertrages, die mit den Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes nichts zu tun haben — siege die bayerischen Entwürfe —, sie erwecken systematisch drüben den glückseligen Eindruck, daß Deutschland sich nach dem alten verjagten Regime zurücksehne und nach dem Revanchekrieg strebe, und wir sollten dazu schweigen? Was Hermann Müller über den Monarchistenrummel am Begräbnistage in Potsdam ausführte, erweckte den scheinheiligen Zorn jener ausgekochten Zyniker, die noch zu Lebzeiten der verstorbenen Frau, der auch wir unser menschliches Mitleid zollten, mit ihrem längst erwarteten Ableben parteipolitische Geschäfte trieben. Aber die Potsdamer Manifestation war, vom außenpolitischen Standpunkt betrachtet, eine Sünde am deutschen Volke, die bewußt von den monarchistischen Kreisen begangen wurde. Das demonstrative „Bravo“, mit dem die Deutschnationalen Müllers Erwähnung der Reichswehrdeputationen unterstrichen, ist für deren Geistesverfassung kennzeichnend, aber immerhin von deren Gesichtspunkt verständlich. Traurig genug aber, daß die Reichsregierung das außenpolitisch und innenpolitisch provokatorische dieser militärischen Kundgebung nicht ersah. Traurig genug, aber nach den bisherigen Erfahrungen mit dem Strohmännchen nicht verwunderlich, daß seit einigen Tagen die Stabsoffiziere, die als Vertreter des Reichswehrministeriums der Deutschen Republik, unmittelbar hinter der Regierungsbank stehend, den Reichstagsitzungen beiwohnen, ihren Trauerflor ostentativ zur Schau tragen.

Was Dr. Helfferich als Sprecher der Deutschnationalen auf die Anlagen unseres Redners zu antworten wußte, waren vor allem Beschimpfungen und Verdrehungen. Leid taten uns vor allem — die armen Reichstagsstenographen, die dem Schnellfeuer tempo seiner Rede kaum zu folgen vermochten. Leid taten uns aber auch jene Zuhörer auf der Tribüne, die die Schlussfanfare Helfferichs auf den kommenden Revanchekrieg mit demelastischen begrüßten. Ein Bürgertum, das auf dieses demagogische, unserantwortliche Getöse noch hereinkommt, zeigt ein Maß von politischem Unverstand, das wir nur bei den französischen Anbetern des Psychopaten André Bessire für möglich gehalten hätten. Glaubte Helfferich aber wirklich auf die vernünftigen Millionen von deutschen Proletariern, ohne die er seinen Revanchekrieg doch niemals durchführen könnte, irgend einen Eindruck zu machen, wenn er den früheren Reichskanzler und Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Millionärpartei als „Ententeagenten“ beschimpft? Ach, wir kennen die Melodie, mit diesen und mit anderen Worten: So wie wir einst allein als „Sozialverräter“ und „Konterrevolutionäre“ von den Kommunisten beschimpft wurden, so haben nacheinander Dittmann und Hilsberg und nun gar Paul Levi daran glauben müssen. Und die Bezeichnung „Ententeagent“, die uns übrigens nicht neu ist, kann bei uns nur ein mitleidiges Lächeln erwecken, zumal wir seit gestern wissen, daß auch die Deutsche Volkspartei sich von den Freunden Helfferichs die Anklage der „nationalen Würdelosigkeit“ und der „Preisgabe der Lebensinteressen des deutschen Volkes“ gefallen lassen muß.

Auch Helfferich wird noch seinen Wulle finden...

Erzberger gegen Simons.

Während Herr Dr. Simons von rechts her wegen zu großer Nachgiebigkeit gegen die Ententeforderungen schwer bekämpft wird, erhebt sich auch ein Gegner von links gegen ihn, der ihm vorwirft, mit seinem Entschluß zum Nachgeben zu lange gewartet zu haben. Es ist der Zentrumsabgeordnete Erzberger, der im „Tagebuch“ Stefan Großmanns gegen Simons u. a. folgendes ausführt:

Vom Januar dieses Jahres ab machte die deutsche Politik die aller Welt sichtbare Schwankung, die zuerst in einem forschen Keil sich behandelte, um am 20. April die völlige Kapitulation des Deutschen Reiches als selbständiger Staat auszusprechen. Dieser politische Zusammenbruch, der den militärischen überlagert, war die natürliche Folgewirkung all der Fehler der letzten Monate und der Kopflosigkeit, mit der vor, in und nach London gehandelt wurde.

Erzberger beschäftigt sich dann mit der Frage der Papstvermittlung; er erklärt hierbei, jeder bisherigen Veröffentlichung über sie völlig fernzustehen, und mit der ersten Note an Harding, von der er sagt:

Ein inhaltschwereres Dokument mit dem Verzicht auf jede Selbstbestimmung ist im letzten Jahrhundert nicht ergangen... Wie die Verhältnisse liegen, war mit absoluter Sicherheit damit zu rechnen, daß der Schiedspruch sehr nahe an die Forderung der Entente herangekommen wäre... Diese ganze Aktion war nicht nur die offenkundige Verbeugung der bisher eingenommenen Haltung, sondern auch ein ganz unüberlegter Verweigerungsschritt, geboren aus Fehlern der letzten Monate... Die diplomatische Niederlage nach solcher Demütigung steht in der politischen Geschichte wohl einzig da.

Erzberger gibt Simons keine lange Lebensdauer mehr. Die „Kreuzzeitung“ meint, er wolle mit sozialdemokratischer Hilfe sich wieder in den Sattel setzen — aber weder dürfte Erzberger so töricht sein, sich nach der Erbchaft Simons zu sehnen, noch wäre die Sozialdemokratie so töricht, ihm behufs ihrer Erlangung beizustehen. Da dürften jene französischen Blätter der Wahrheit näherkommen, die als nächsten Außenminister Mayer, Kaufbeuren oder Herrn v. Raumer nennen.

Eselsfußtritte.

In der „Post“ widmet ein Ungenannter dem scheidenden Kultusminister Genossen Haenisch einen von Gehässigkeit strotzenden Abschiedsgruß. Wir zitieren wörtlich:

Sang- und klanglos ist Konrad Haenisch, Minister von Unabhängigen und Sozialisten Gnaden, wieder in der Bersehung verschwunden, aus der ihn die Revolution auf den Posten eines Kultusministers berief. Und wie hat er hier gemirkt? Er hätte wahrhaftig der Totengräber deutscher Kultur, deutscher Wissenschaft und deutschen Geisteslebens werden können, wenn er nicht rechtzeitig noch hätte zurücktreten müssen. Ich will hier nicht im einzelnen eingehen auf die vielen Fehlgriffe, die er sich im Parteinteresse während seiner Ministerherrlichkeit zuschulden kommen ließ. Es soll hier auch nicht weiter erörtert werden, wie ihm nicht der Gedanke an das große Ganze als Leitstern seines Handelns dienste und wie er nur als einer Parteipolitiker unter Ausschaltung jedes anderen Gesichtspunktes das gesamte ihm unterstellte Bildungswesen nach sozialistischen Gesichtspunkten zu reformieren suchte, wie er fast nur seine Mitarbeiter aus der Kampf- und Stoßtruppe, den „Entschiedenem Schulreformer“, jener die politische Konjunktur geschickt auszunutzen Gemeinschaft von Schulrevolutionären nahm und sie mit neuen Reformaufgaben betraute; festgehalten seien hier nur in großen Zügen die schon in den Anfängen für die Kultur des Reiches so verhängnisvollen Maßnahmen usw. usw.

Diesen Anwürfen stellen wir gegenüber, was ein deutscher nationaler Abgeordneter, sicherlich nicht aus politischer Freundschaft für Genossen Haenisch, etwa vor einem halben Jahre über dessen Tätigkeit ausführte. Im Haus-

halsauschuss der preussischen Landesversammlung begann am 12. November 1920 der Superintendent Brensch, Fraktionsmitglied der Deutschnationalen, seine Rede mit Ausführungen über die Person des Unterrichtsministers Haenisch, die folgendermaßen lauteten:

Man gewinnt den Eindruck eines unermüdblich tätigen, hohen Zielen zustrebenden Mannes. Gerade wenn man unter dem Eindruck der erschreckenden Geisteslosigkeit der gegenwärtigen Zeit steht, muß man dankbar anerkennen, daß die preussische Unterrichtsverwaltung von einem Manne geleitet wird, der von der überragenden Bedeutung des Geistes für den Wiederaufbau durchdrungen ist. Man muß weiter anerkennen, daß der Minister es verstanden hat, in und außerhalb Berlins mit Persönlichkeiten aller Richtungen in Fühlung zu treten und auf diese Weise zahlreiche Mißverständnisse aufzuklären und Reibungsflächen zu vermindern. Auch hat der Minister es verstanden, für sein Ressort eine ganze Reihe befähigter Mitarbeiter zu gewinnen.

Das ist in allen Punkten das genaue Gegenteil dessen, was der Anonymus der „Post“ dem Genossen Haenisch vorwirft. Man ersieht daraus, daß die Deutschnationalen in der Agitation gegen ihre innere Ueberzeugung einfach drauflos hegen und verleumdern. Im stillen Zimmer einer Kommission getraut sich wohl einmal ein Erlicher anerkennend von einem sozialistischen Minister zu reden, aber draußen in der Agitation muß um jeden Preis die Legende aufrecht erhalten werden, daß jeder sozialistische Minister ein engstirniger Parteisanatiker, ein Nichtstörner, ein Kulturschädling sei! Im vorliegenden Falle deckt der Ausspruch des Superintendenten Brensch die deutschnationale Agitationslüge auf, aber man kann aus dieser Gegenüberstellung getrost auch in unzähligen anderen Fällen schließen, wo die Deutschnationalen über die „Unfähigkeit“ sozialdemokratischer Männer in leitenden Posten zetern, daß es sich einfach um gewerbs- und gewohnheitsmäßige Herabsetzung gegen bessere Ueberzeugung handelt.

Die Aburteilung der Kriegsverbrecher.

Rechtsjustizminister Dr. Heinze empfing am Mittwoch vormittag Vertreter der Presse, um sie über das Verfahren gegen die Kriegsverbrecher vor dem Reichsgerichtshof in Leipzig zu unterrichten. Er betonte die großen Schwierigkeiten bei den Vorarbeiten, da die Justizbehörden der gegnerischen Mächte die Arbeiten erschweren. Von den beiden Listen wäre die sogenannte „kleine“ Liste vom Oberreichsanwalt bisher bearbeitet und die meisten Zeugen bereits vernommen worden. Die Widerhaftigkeit des Beweismaterials zwang den Oberreichsanwalt, sich direkt an die Justizbehörden der in Frage kommenden gegnerischen Staaten mit der Bitte um nähere Unterlagen zu wenden. Die Antworten liefen teils verspätet, zum Teil überhaupt nicht ein. Im Februar reisten der Reichsanwalt Feisenberger als Vertreter des Reichsgerichtshofes und Geheimrat Weinsinn vom Auswärtigen Amt zum Abschluß der Verhandlungen nach London.

Vier Termine stehen Ende Mai bevor. Die drei ersten gegen Heinen, Müller und Neumann betreffen die Mißhandlung von Kriegsgefangenen. 47 englische Zeugen werden persönlich in Leipzig zu den Verhandlungen erscheinen, die vor dem zweiten Straffenot unter dem Vorsitz des bekannten Kriminalisten Dr. Schmidt stattfinden. Die Anklage vertritt Oberreichsanwalt Oberwager.

„Gedächtnisfeier für die Kaiserin“.

Das regierungsamtliche BZB. metzet wörtlich unter obiger Ueberschrift:

Heute abend fand in der St. Petri-Kirche in der Scharrenstraße eine Gedächtnisfeier für die verstorbene Kaiserin, veranstaltet vom Vaterländischen Frauenverein, statt, an der etwa 3000 Personen teilnahmen. Auch die frühere Kronprinzessin war anwesend, und es wurden ihr beim Verlassen des Gotteshauses lebhaft Ovationen dargebracht.

Ueberraschungen.

Konzert-Ilmshau.

Beim Abklingen des Konzert-Winters, der seine Ausläufer bis in den Sommer Berlins schickt, lebt die Philharmonie noch einmal auf. In einem mit dem Herzen gefungenen, weh und aufrüttelnd von einem Theater-Genie in freundschaftlicher Trauer ange stimmten Requiem. Weit öffnen sich die Tore zur Ewigkeit, Italiens Idiom, geboren aus natürlicher Begabung zum Singen und glühend heißer Andacht im Gebet, macht die Bühne der Wida und das Kirchenchor der religiösen Messe zum gleichen Tribunal der Kunst, macht beide vergessen im Quartett, im Chor, im bel canto des Tenors. Rognowich, dem Romanen hold, und herrlich von ihm wiedergeleitet, untertreibt in der blühenden, herausragenden Nachgestaltung der Verdi-Partitur zum „Requiem“ die Reize dieser dem Singen und Klängen hingebenen schöneren Stils und bringt im Bunde mit Mittel eine Aufführung auf, die in jedem Jahre einmal Feiertag und Feststunde sein darf. Der Rahmen ist geschaffen, und er glänzt vom Golde. Allen strahlt Anbetrachtung, Begeisterung von den Augen, und deutsche Rehen scheinen italienischen Wohlklang herzugeben. Frau Onegin in der Alt-Partie, Wilhelm Gutmann als Bassist: Größe des Klanges, Schönheit des Stils, prächtige Quartettstimmen. Sopran und Tenor sagen ab. In den Tönen und eine Stunde vor Beginn ist Frau Rosa Walter die ihr neue Rolle. Sie singt sich frei, musikalisch tapfer sogar mit Leidenschaft und ruhigem, weichste Töne weihn tragendem Atem — eine befallsichere Leistung. Größere Ueberraschung: ein Tenor mit italienischer Stimme, Paul Marion. Er gibt dem ersten Quartett des zweiten Teils eine Sehnsucht, eine Beteninnis-Schwere, die ergreifen macht. Wert auch den Mann, der in Berlin unauffindbar wäre und jeder Oper zur Zier gereichte.

Aus solcher Aufführung bleibt uns das Erlebnis eines großen Werts unumwandelbar schön. Friedrich C. Kochs Oratorium „Die Sühnflut“ erfährt unter Leitung des unglücklich disponierten Emil Thilo eine so ungleiche, im technischen Detail noch so unvollendete Wiedergabe, daß unser Interesse unnötig stark von der Berechnung der Schwierigkeiten abgelenkt wurde. Ganz allgemein schien allerdings die musikalisch-poetische Feingebung des Komponisten für die Erfüllung dieser nach händellichem Format zugeschnittenen guten Eigenbildung nicht auszureichen; am wenigsten für die Arien, die mehr in die Breite als in die Tiefe gehen, am meisten noch für die chorischen Partien mit dramatischen oder tänzerischen Motiven. Solistisch traten Bötel und Schützenberg angenehm hervor, letzterer allerdings mit unausgeglichenen Hoch-Tönen.

Der junge Madislaw Schak hat sich im vorigen Jahr unstreitig Sympathien erworben durch den Plan und den künstlerischen Ernst, mit dem er seine philharmonische Truppe aus Prag hier einführte. Er ist ein ausgesprochener Freund der deutschen Musik. Der dem Programm beigelegte Hymnus des Freundes Horms beweist neben erspürlichem Ueberflus an Begeisterung eine peinliche Abneigung gegen die deutsche Sprache. Ans richtige Deutsch überseht steht da etwa: Schak ist das größte Dirigier-Genie, ist Führer der schönsten Musik-Generation von heute, und „er komponiert große symphonische Werke von der Größe und Gewalt Mahlers für große Orchester“. Das bleibt zu beweisen. Mit unseren Philharmonikern

hatte der eifrige und zweifelloso hochbegabte Schak einen nicht leichten Stand. Sie kamen beim Spielen einer langen, milden, schwerblütigen Sinfonie Hoersters, die erst im Scherzo Brucknerische Rüstigkeit und Schübeische Geläufigkeit bekommt, nicht aus ihrer Ruhe heraus; jedenfalls war der draufgängerische Dirigent oft genug um ein Viertel im Taktieren voraus. Er gab mehr Aufklärung über sein ungewöhnliches, stoisches Temperament, als über Abklärung seines stillfühligen Fühlens. Aber auch das noch Gärende, Treibende, Aufgeregte dieser Art Musikanten interessiert. Wir wollen ihn wiederleben und wieder grüßen. Aber nur im Original, nicht in Klischee-Bendungen perfessener Enthusiasten; die Schallphone lasse man im Orchester neben Pauken und Trompeten.

Die gar zu stark betonte Reizung zu einer noch gar nicht fest umreißbaren „Moderne“ scheint heute für Musikalität zu sprechen. Das ist falsch; unter hundert Begeisterten sind 90 Mitläufer und 9 Versteher; einer ist in die Bewegung durch Anlage, Erziehung, Reizung hineingewachsen und lebt von ihr. Aber das Aneben am Alten, Ausgeprägten beweist ebensowenig. Der Berliner Tonkünstlerverein sollte mit solcher Propaganda aufhören; so weit ich aus dem Programm lese, ist er auch gar nicht immer einseitig. Der Summe des „Spaziergangs“ von acht Blasinstrumenten durch den grünen Wald ist aber ein höchen sehr auf Idylle der Vorzeit, auf Tonika und Dominante eingestrichelt. Stimmfällige, harmlose Melodie, primitive Arbeit eines Geubten, der so etwas aus dem Kermel schüttelt; nach drei Sätzen ist man dieses Spaziergangs auf ebener Erde reichlich müde. Wieviel gefälliger, apartier, unbenutzter ist da ein Op. 29 (Streichquintett) von Bolzner Andrea! Eine entzückend klingende Serenade, kurz, lebendigen Schmitz, glücklich in ihrer Mischung von Lust und Melancholie. Die Lust steckt stärker an, das Ganze gefällt, weil es über die Banalität der Einzelfälle durch geschickten Satz und Strahlische Modulationen frisch hinwegtäuscht. Baghatter machte das als Führer ausgezeichnet. Er ist ein Temperament und ein Köhner; das bewies er auch in dem sein ausgearbeiteten F-moll-Quartett Beethovens. Er sollte nur seinen Cellisten dazu anhalten, den Fluß des Spiels weniger zu hemmen und sollte sich eine sinnlichere zweite Geige sichern. In altem Stil, ja sogar im Stile Bachs ist das G-moll-Konzert Paul Ertsels geschrieben. Das ist eine hochmögliche, saubere Arbeit, wie sie nur einem großen Talent gelingt. Die Dreifügigkeit ist erkennbar, doch wirkt das Werk einheitlich stark und geschlossen. Florigl u. Reuter spielte es musikalisch und mit der nötigen Kraft, unerschrocken der richtigen Schwierigkeiten sogar auswendig und notengehört. Im ungarischen Konzert Joachims, einer stark überhaubten Virtuosen-Angelegenheit, verlagte er. Diese rasenden Tempi kann sich höchstens Vescey oder Kreisler erlauben, ohne Schaden am Ton und an der Akkuratess zu nehmen. Bei Reuter ging vieles daneben, und die Schabegedäusche überboten die Melodie. Nur ein so gewandter und kapellmeisterlich sicherer Begleiter wie Walter Hirschberg konnte diese Rasereien und Ungelichkeiten auffangen und verdecken. Eine kurze halbe Stunde beim Volkschor zeigt, daß hier alles schön und gut zu den „Jahreszeiten“ abgestimmt ist; doch sollte eine Kantatenfolge mit Sängen der Weinkaule, der Burschen- und Mädchenlänze, des Kehrerns und Verliebteins nicht in der Kirche dargestellt werden. Das Frauenquartett von Olga Hied, Mery Hahn, Adeline Sandom-Herms hält sich technisch und musikalisch in Volkstüchern auf schönster Höhe. Dem Steiner-Rothstein-Quartett

fehlt der Kopf, fehlt die Führung. Primgeige sollte mit zweifelter Geige oder Bratsche tauschen. Bei bestem Willen und sorgfältiger Belegung des Details kam im Ganzen doch nur annähernd ein Boder-Quartett von Brahms zustande. Geht hin zu Kofe. Von ihm will ich in anderen Tönen reden. Und das wird für den Kenner keine Ueberraschung mehr sein. Dr. Kurt Singer.

M-Berlin im Schiller-Theater. Die Wiederbelebung der M-Berliner Fosse, die seit Jahren in Berlin verlustig wird, hat nun auch im Schiller-Theater Schule gemacht. In der Volksbühne wurden unter Reinhardt „Die Wollentbürger“, an denen sich unsere Väter und Großväter belustigt hatten, erweckt, im Schiller-Theater sind es die „100 000 Taler“. David Kalisch, ihr Verfasser, der erste Wihbold des „Rabderobatsch“, genießt den Ruhm, einer der Begründer des Berliner Volkstüdes gewesen zu sein (Augeinging ihm aber in jeder Weise voran). Die glorifizierende Wirkung des Alters ist seinen Stücken zugute gekommen: wie für M-Berliner Humor und Behaglichkeit sing man auch an für das alte Volkstüd zu schwärmen. Leider ist es schlechter als sein Ruflose aneinandergefügt, durch Couplets mehr unterbrochen als zusammengefaßt, spießbürgerlich und auch nicht übermäßig witzig. Immerhin hat es seine Reize, zu sehen, wie sich Berlin um 1850 herum amüsiert hat, wie junge Leute aus dem Kunststigeunertum aufsteigen versuchen, Glanz und Elend der Börsenspekulation erleben und dann (naheste die Moral?) durch Arbeit und Einheirat den Hofen der Familie erreichen. Allerlei Berliner Typen aus verschiedenen Gesellschaftsschichten sind mehr oder weniger gut getroffen. Berlinischer und jüdischer Witz unspielt sie, der Kallauer darf nicht fehlen, und die später so beliebten Wortvermannschungen legen ein. Der Spielleiter Franz Bonno hatte vor allem für einen echten Rahmen geforgt: Heinrich Jilles Bühnenbilder waren famos; besonders das Landschaftsbild im Schlusakt (Straßauer Ausflugsstol) ist von solcher Färbensfrische. Die Handlung ist mit Couplets gepickt, die nach altem Bühnenrecht nach überallhin ausgreifen und Aktualität mit Altem mengen. Alfred Braun verpackte sie und sang sie mit lecker Verode. Aber die Verbalshornung des Parlaments und die Witoden auf Briand passen kaum in den Ernst der Zeit: die große politische Beste des Coupletsängers ist deplatziert. Die harmloseren Humore passen besser in die M-Berliner Welt. Unter den Darstellern zeichneten sich daneben Fr. Kühnert (Dienstmädchen), Bruno Friz (der schwergeprüfte Liebhaber), Albert Krämer und in einer komischen Charge Wilhelm Krüger aus. Paul Kaufmann hätte als Hauseigentümer Kallau bestmöglich sein können. An Musik und Tanz und zum Schluß an Färberekerlei fehlte es nicht.

Staatsoper. Bohnen ist von seiner Erkrankung noch nicht wieder hergestellt. Das für heute angeändigte Gastspiel als „Escamilo“ fällt daher aus.

Die Vorführungen Elisabeth-Duncker-Schule am Donnerstag, 28. April, finden im großen Saale der Philharmonie, in der Mitte des Saales, statt, unter Mitwirkung der Kammerängerin Frau Mary Schering und eines Orchesters für Holz und Streicher.

Im Leisung-Museum bricht Donnerstag 4 1/2 Uhr Aufste über August Konrad, den Minister der Berliner Postenverwaltung, zu dessen 100. Geburtstag. Proben seiner Kunst werden vorgeführt.

Der Reichstag zu den neuen Vorschlägen.

Der Reichstag nahm gestern die Debatte über die Erklärungen des Außenministers Dr. Simons auf. Zunächst gibt Abg. Dr. Kleber (D. Sp.) folgende gemeinsame

Erklärung der Regierungsparteien

ab: Nach Abbruch der Londoner Verhandlungen hat das deutsche Volk in fester Entschlossenheit die über große Teile Deutschlands verhängten Zwangsmaßnahmen getragen. Sie haben bisher ihren Zweck nicht erreicht. Sie würden, auch verschärft, ihn niemals erreichen. Unseren Volksgenossen danken wir für ihre Treue... Das entbehrt uns aber nicht der Pflicht, alles zu tun, um neue Gewalt abzumenden. Schweren Herzens, aber im Vollgefühl unserer Verantwortlichkeit, sprechen wir daher unser Einverständnis dazu aus, daß die Regierung den Weg, der sich ihr bot, bestritten hat, um die Vermittlung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika zu erlangen. Wenn der Präsident diese Aufgabe übernimmt, so eröffnet sich damit auch die Aussicht, der Welt den Frieden zu geben, nach dem sie ruft, und die freiwirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in ruhigen Bahnen zu sichern. Die Vorschläge, die dem Präsidenten der Vereinigten Staaten mitgeteilt worden sind, bieten uns ungeheures zu. Das deutsche Volk ist aber gewillt, rückhaltlos zu leisten, was es überhaupt leisten kann. Es wird mit uns der Auffassung sein, daß für rückwärtige Betrachtungen jetzt nicht die Zeit ist. Schlägt auch dieser Versuch fehl, so ist vor der Geschichte festzustellen, daß Deutschland alles getan hat, was in seinen Kräften stand, um der zerstörten Welt den Frieden zu verschaffen. (Bravo!) In diesem Bewußtsein würde das deutsche Volk allem Schwere, das die Gewalt verhängen kann, furchtlos und ungebeugt standhalten. (Beifall bei den Regierungsparteien. — Zuruf des Abg. Geyer (Komm.): Jammererklärung!)

Abg. Müller-Franken (Soz.):

Der Vorwurf vollendeter Würdelosigkeit, der dem Außenminister mehr als dreimal von dem deutschnationalen Redner gemacht wurde, ist nichts Neues aus den Reihen derer, die die nationale Würde in Erbpacht genommen haben. Derselbe Vorwurf ist von der Partei der Herren Rippler und Stinnes, die heute an der Regierung beteiligt ist, früher der sozialdemokratischen Regierung gemacht worden. (Heiterkeit. — Zuruf rechts: Auch mit Recht!) Der deutschnationalen Redner, der an früheren Aktionen seiner Partei selbst nicht beteiligt war, mußte den Vorwurf aus parteipolitischen Gründen wieder aufnehmen, obwohl es sich handelt um die Abwendung von Folgen eines Krieges, der herbeigeführt ist durch einen erobderungswilligen Militarismus. (Großer Lärm rechts.) Die Vergangenheit haben Sie auf dem Gewissen. Dem Frieden von Versailles ging der Friede von Brest voraus, allerdings war Versailles schlimmer, aber Brest genügte ja auch der damaligen Rechten nicht. Graf Westarp beantragte damals, daß bei künftigen Friedensverhandlungen der Grundloß des Verzichtes aufgegeben werden müsse und daß die ganzen finanziellen Lasten des Krieges auf den Gegner abgemahlt werden müßten. (Hört, hört links. — Große Unruhe rechts. Zuruf des Abg. Helfferich: Ich war damals nicht hier. — Stürmische Heiterkeit links!) Es sitzen nicht mehr alle hier, die damals unterschieden haben. Herr Lapp steht und ebenso Graf Oppersdorff, der sich jetzt mit Panje Korjanz verbrüderet. Diese Kreise, die nichts aus dem Zusammenbruch gelernt haben, begriffen den Abbruch der Londoner Konferenz als den ersten Aktiposten unserer Außenpolitik, während jeder verständige Mensch erkennen mußte, daß das Kennen in die Londoner Sadgasse nur ein Aktiposten werden konnte. Das haben wir bereits damals gesagt, und die Entwicklung gab uns recht.

Für die Anrufung des Präsidenten Harding, der sich als ein kluger Politiker gezeigt hat, trägt die Regierung allein die Verantwortung, da sie

die Volkserziehung nicht gefragt

hat. Ich erkenne an, daß die Regierung den besten Willen zu einem gerechtfertigten Ausgleich gezeigt hat. Wenn ich auch zugebe, daß selbst bei einem demokratischen System die Regierung nicht in jedem Falle die Volkserziehung befragen kann, so muß in Fragen, wo es sich um Leben und Sterben einer Nation handelt, die Regierung doch vorher mit der Volkserziehung in Verbindung treten. Wenn der Schaden einmal geschehen ist, hat es wenig Zweck mehr, die Regierung als Sündenbock in die Wüste zu schicken. Die besonderen deutschen Verhältnisse erlauben bei unseren acht Parteien nicht ohne weiteres die Uebertragung des englischen oder französischen Parlamentarismus auf Deutschland. Aber ein völliges Ausschalten der Volkserziehung steht

im Widerspruch zur Verfassung.

Die Reparationsfragen können nur in Fühlung mit den Ententeemächten geregelt werden. Wie wir oft betont haben, müssen wir bis an die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit gehen. In Amsterdam haben wir uns mit den Arbeitern der anderen Länder leicht darüber geeinigt, daß ein gemischtes System von Sach-, Arbeits- und Geldleistungen erforderlich ist. Die Amsterdamer Beschlüsse stellen das Maximum an Wohlwollen dar, das es ausnahmslos in Europa für uns gibt. Aber wir müssen uns zu unserer Pflicht nicht nur bekennen, sondern auch zur Ausführung kommen. (Sehr wahr! links.)

Die Gewerkschaften werden den Minister bei der Durchführung in jeder Weise unterstützen, sie begrüßen es, daß der Minister sich auf den Boden ihrer Vorschläge gestellt hat. Wenn der Abg. Höplich den Vorwurf erhebt, daß diese Vorschläge nicht früher gekommen waren, so steht ein solcher Vorwurf denjenigen nicht zu, die nach dem Abbruch in London die Ansicht vertraten, wir dürften überhaupt keine Vorschläge mehr machen. Wir haben bereits im August 1919 während meiner Amtsführung mit der französischen Regierung vereinbart gehabt, daß Deutschland bis zum Winter die zerstörten Gebiete Frankreichs 60 000 Holzbaraden mit Rohholz ausstellen würde. Am 2. Oktober aber hat Herr Loucheur auf die Auffstellung verzichtet. (Hört! hört!) Am guten Willen der deutschen Arbeiter hat es also nicht gefehlt. Wir haben damals mit Herrn Fischer über die Auffstellung der Baraden verhandelt, und das wäre für diesen Herrn eine nützlichere Aufgabe gewesen, anstatt im Bande umherzureifen und den Friedensvertrag zu sabotieren. Die Belgier bestanden allerdings auf Geldleistungen, da im Bande für eine Beteiligung der deutschen Arbeiter der Haß noch zu groß wäre. Schuld daran ist das namlose Vorgehen der obersten Heeresleitung bei der Deportation der belgischen Arbeiter, das damals die ganze Welt gegen uns aufbrachte.

Geld muß also beschafft werden.

Wenn für Österreich eine Weltanleihe aufgenommen werden soll, so muß das für Deutschland auch möglich sein. Erstensweise wächst in Frankreich die Strömung herer, die eine deutsche Beteiligung an der Ausbaubarkeit wollen, so hat der Bürgermeister von St. Quentin sich ausdrücklich für den Wert der deutschen Arbeit ausgesprochen.

In der Frage der finanziellen Regelung stehen wir noch wie vor auf dem Boden unserer Erklärung vom 2. Februar, daß die Pariser Beschlüsse mit ihrer

Verfassung Deutschlands auf 42 Jahre unannehmbar

sind. Unsere neuen Vorschläge können nur so gemeint sein, daß die Jahreszahlungen auf eine längere Zeit verteilt wer-

den sollen. Wir müssen es wohl in Kauf nehmen, daß noch mehr deutsche Generationen mit diesen Zahlungen belastet werden. Es ist zweifelhaft, ob Deutschland zu diesen Leistungen imstande ist, aber wenn das Reichsamt einstimmig sich zu diesen Vorschlägen bekennt hat, so haben wir keinen Anlaß, dagegen zu protestieren, da ja die Deutsche Volkspartei in dieser Regierung sitzt, die infolge ihrer Fühlung mit der deutschen Wirtschaft und Schwerindustrie am besten darüber Bescheid wissen muß. (Sehr wahr! links.) Es bleibt in dem Angebot noch eine Differenz von 26 Milliarden Goldmark: an der Preissteigerung, um die es sich hier handelt, darf die Vereinbarung nicht scheitern. (Sehr wahr! links.) Unsere Industrie ist nicht allgemein in einer leichten Lage, man kann nicht überall dem Kapital in Gold die Dividenden in Papier gegenüberstellen. Aber

die Dividendenpolitik

reißt die Entente vielfach geradezu zum Zugriff auf die deutsche Industrie. (Sehr wahr! links.) Aus dieser Politik und aus dem Zugestehen der Bourgeoisie werden im Ausland vielfach falsche Schlüsse über unseren Wohlstand gezogen. Aber für die Bourgeoisie kommt jetzt wie früher erst das Geschäft und dann die Politik. Erst wenn die Politik das Geschäft zu stören anfängt, appelliert man an das Weltgewissen, das noch niemand gesehen hat. Wenn die U-Boot-Heiden und Annetionisten von vorgestern an das Weltgewissen appellieren, finden sie natürlich nur höhnische Abweisung. Ich würde es für besser halten, die Männer von 1914 hielten etwas mehr den Mund. (Großer Lärm rechts.) Denn Sie (nach rechts) tragen die Schuld am Zusammenbruch. (Großer Lärm rechts. — Zurufe: Rein, Ihr Vaterlandsverrat!)

Die monarchistische Propaganda.

die in weiten Kreisen getrieben wird, ist angesichts der Volkstimmung in der Entente das Unsinzigste, was es gibt. Wenn der Abg. Dittmann gestern auf das Leichenbegängnis der ehemaligen Kaiserin zu sprechen kam, so liegt der Stand der Dinge nicht in dem, was er hier angeführt hat, sondern darin, daß die deutschnationalen Parteien mit der Leiche der Kaiserin für ihre Parteizwecke Propaganda treibt. (Großer Lärm und Widerspruch rechts.) Damit wird im Ausland gegen Deutschland gearbeitet. Sauerwein schreibt im „Matin“, daß die Begründung der Prinzen bewiesen habe, daß das ganze deutsche Volk monarchistisch sei. (Zuruf rechts: Das geht Herrn Sauerwein gar nichts an.) Aber uns geht es etwas an! Die Behauptung Sauerweins kann ich nicht zugeben. Die Beteiligung der Bevölkerung war ebenso zahlreich bei dem Begräbnis Sülts aber niemand wird daraus folgern, daß das deutsche Volk vorwiegend kommunistisch wäre. Das Bedauerlichste war aber, daß bei dieser Beerdigung fast alle Regimenter der Reichswehr Depurationen geschickt hatten. (Beifall Bravo rechts!) Der Reichswehrminister hat hier gesagt, er wünsche vor allem eine Besserung des Verhältnisses zwischen Reichswehr und Arbeiterschaft; dieses Vorkommnis hat aber die Kluft zwischen beiden ungeheuer erweitert. (Unruhe rechts. — Zurufe: Angst vor der Reichswehr!) Angst haben wir nicht vor ihr. (Lachen und Lärm rechts.) Das Ausland achtet auf all diese Vorkommnisse und deswegen müssen auch wir ihnen hier Beachtung schenken. Briand sagt, daß am 1. Mai nicht nur die Reparation, sondern auch

die Entlassung auf der Tagesordnung

stände. (Zuruf rechts: Enterteigent!) Das können Sie mir noch zehnmal zusehen, es macht auf mich keinen Eindruck. Wenn der französische Minister Sefibre behauptet, daß in Deutschland zwei Millionen Soldaten mobilisiert seien, so ist das freilich vollständig falsch, aber allzu vieles ereignet sich, was den Boden für solche Aufzählung schafft. (Abg. Helfferich: wie z. B. Ihre Rede! — Heiterkeit.) Befehle hat ganz falsche Vorstellungen von Leuten wie Rohr und Fischer, wenn er sie für Männer von dem geistigen Format der Scharnhorst und Gneisenau hält. Aber es sind doch ungeheuer viel Waffen in Deutschland verstreut. (Zuruf rechts: Bei den Kommunisten!) Ich weiß nicht, ob etwa die Kaiserin in Rastenburg, wo man große Mengen von Waffen gefunden hat, im Besitz von Kommunisten ist. Diese und ähnliche Vorfälle zeigen, wie richtig unser Antrag war, dem Reichstag ein Verzeichnis aller vorhandenen Waffen vorzulegen.

Die Ausführungen Dittmanns über die Vorgänge im Osten waren im wesentlichen richtig. Die Befürchtungen, daß

die Polen an den Sanktionen teilnehmen

könnten, die am 1. Mai in Kraft treten, wodurch allerdings das Verhältnis zu diesem Nachbarstaat auf Jahrzehnte hinaus ein unerträgliches werden müßte, sind psychologisch verständlich, sie geben aber keinesfalls ein Recht zu militärischen Vorbereitungen. Vor allem müssen wir uns eine Einmischung des Militärs in diese Politik entschieden verbitten. Der auswärtige Ausschuss hat in keiner Weise Gelegenheit gehabt, dazu Stellung zu nehmen. Begreifen denn diese Leute nicht, daß ein Krieg im Osten automatisch auch den Krieg im Westen auslösen müßte? (Sehr richtig.) Praktisch hätte eine militärische Aktion im Osten für Deutschland keinen Zweck. Wir verlangen von der Regierung eine sofortige Abstellung der Mobilisierungsmöglichkeiten im Osten. Der Arbeiterschaft machen wir es zur Pflicht, auf jeden Fall solches Kriegsabenteuer zu verhindern. Von der Regierung verlangen wir aber, daß sie sofort einschreitet, die Waffen beschlagnahmt und zerstört. Dieser Selbstschuß ist nur eine Waise, hinter der sich die selbsttätigen Zwecke der Deutschnationalen nur schlecht verbergen.

Der Vorwurf des Abgeordneten Höplich, daß die Regierung nur in der Entwaflungsfrage, nicht aber in der Reparationsfrage energisch geworden sei, wird Lügen gestraft durch die jüngst veröffentlichten amtlichen Zahlen über

die Waffenbestände in Bayern.

Die deutsche Sozialdemokratie hat kürzlich im bayerischen Landtag einstimmig erklärt, daß die unverantwortliche bayerische Politik nicht auf das allgemeine Wohl hinwirkt, sondern durch die eigenmächtigen nationalen Interessen das Wohl des gesamten Volkes aufs Spiel setzt. Aus der Antwort der Regierung auf die getrigge Anfrage des Abg. Rosenfeld erkennen wir klar und deutlich, daß in der bayerischen Entwaflungsfrage so gut wie nichts geschehen ist. Man scheint gar nicht mit der Stimmung zu rechnen, die die Bergarbeiterschaft erlösen muß, sobald infolge der bayerischen Politik die Befestigung des Ruhrgebietes erfolgt.

Wir werden desto früher aus dem Elend und aus der Ungewißheit herauskommen, je mehr wir uns auf den Boden des Rechts nach innen stellen. Der Gedanke der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit marschiert; wir haben diese Auffassung von jeder vertreten. Deutschland würde mit seinem Verlangen nach internationaler Entscheidung der Vorleistungsfrage anders dastehen, wenn

das kaiserliche Deutschland

nicht auf den Haager Konferenzen den Schiedsgerichtsdanken sabotiert hätte. Wir müssen zu einem verbesserten

Völkerrecht kommen, auf daß auch das deutsche Volk zu seinem internationalen Rechte komme. Die Ententeemänner haben den Hintergedanken, durch die Sanktionen das Stammesgefühl der Deutschen abzutöten. Die heutigen Nachhaber in Europa mögen sich gefast sein lassen, daß ebenso wie das kleine belgische Wärtterrool es getan hat, auch das große deutsche Volk gegen Terror und politische Zerstückung sich zu wehren wissen wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Helfferich (Dnat.):

Mit schwerem Herzen und mehr Verantwortungsgefühl, als der Redner, betrete ich die Tribüne dieses Hauses. (Beifall links.) Wenn der Führer einer großen Partei in einer so ernsten Stunde nur ein einseitiges Urteil über die Ursachen des Weltkrieges abgibt, so ist das traurig. Durch derartige Reden stürzen Sie (zu den Sozialdemokraten) nur Herrn Briand. (Lärm b. d. Soz.) Was der Redner über die Verantwortung am Kriege gesagt hat, ist das Gegenteil der Wahrheit. Sie (nach links) wollen ja auch nur damit das größte Verbrechen decken, das je am deutschen Volk begangen worden ist. (Zurufe links: Sie sind der Verbrecher!) Präsident Sölbe ruft den Abg. Rohrt zur Ordnung. Auch im Auslande bricht allmählich die Sonne der Wahrheit durch das Gewölke der Lügen. (Lachen links.) Das kaiserliche Deutschland war die friedliebendste Macht der Welt. (Stürmisches Gelächter links.) In dem Reid der anderen Völker liegen die Wurzeln des Krieges. Die Remoiren Scheidemanns muß man genau so charakterisieren, wie gestern der Reichsaussenminister die Verberichtigung der „Germania“. Aber in diesen Erinnerungen stehen auch die Aufzeichnungen des Runtius Rocelli über seine Unterredung mit dem Kaiser. Am Ende der entscheidenden Kronratssitzung sagte der Kaiser zu Herrn von Kühlmann: „Jetzt haben Sie freie Hand; zeigen Sie, was Sie können, und sorgen Sie dafür, daß das deutsche Volk bis Weihnachten den Frieden hat. (Beifall links, hört! rechts.) Ihre ständigen Reden (zu den Soz.) über die Entwaflung des deutschen Volkes bedeuten nur die Bewaffung unserer Feinde. (Lärm b. d. Soz.) Wenn der Abg. Müller behauptet hat, die Deutschnationalen hätten das Leichenbegängnis der Kaiserin politisch ausgenutzt, so zeigt das von einer ungeheuren Niedrigkeit der Gesinnung. (Häufel rechts.) Und solche Ausführungen macht ein ehemaliger deutscher Reichstanzler.

Auch meine Freunde sind

bereit, schwere Opfer zu bringen.

Wir wollen eine Verständigung mit unseren Gegnern, aber nicht, weil wir irgendeine moralische Verpflichtung dazu anerkennen. Lloyd George sagte auf der Londoner Konferenz: Das Anerkennen der Kriegsschuld Deutschlands ist das Fundament von Versailles. Aber unser Außenminister hat erst nach einigen Tagen in ganz fahmer Weise geantwortet: Deutschland sei nicht der allein Schuldige. So spricht jemand, der ein schlechtes Gewissen hat! (Zustimmung rechts. — Zuruf des Abg. Müller-Franken [Soz.]: Er hat zweimal von einem provozierten Kriege gesprochen! Sie lägen ja ununterbrochen! — Große Unruhe rechts. — Der Präsident erteilt dem Abg. Müller-Franken einen Ordnungsruf.) Den Versuch unserer Regierung, durch Vermittlung Amerikas zu einer Verständigung zu kommen, kritisieren wir nicht. (Zuruf b. d. Soz.: In Ihrer Presse steht es anders!) Dann lesen Sie sie genau. Amerika braucht ein konsumfähiges Europa. Schuld an dem Gewaltfrieden trägt auch Wilson, der mit einem großen Koffer der wunderbaren Ideale über den Ozean herübergekommen ist und einen Frieden der Völkerveröhnung verheißt, aber nicht Charakterstärke genug war, um diese Versprechungen zu verwirklichen. Vor Einleitung der amerikanischen Aktion hätte die Regierung feststellen müssen, ob überhaupt mit Amerika zu arbeiten ist. Die Vorarbeit hierzu hätte unmittelbar nach Wilsons Rücktritt eingeleitet werden müssen. Das neue Angebot geht

über die Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit

sehr erheblich hinaus. Zum mindesten können wir eins verlangen: Ein Ende in Ehren! (Beifall rechts.) Solange der Feind nicht die wirklich äußerste Grenze sieht, sind wir nicht bei einer Verständigungsmöglichkeit angelangt. Je mehr wir zurückgewichen sind, desto unerhörter ist die Sprache des Herrn Briand geworden. Spricht er doch von der starken Faust, die auf Deutschland niederzusen soll! (Zuruf links: Und die „gepanzerte Faust“?) Dieses Wort sprach der Kaiser nach der Ermordung unseres Befehlshabers durch die Bogen in Peking. Briands Sprache ist für mich das Berächtlichste, was es auf der Welt gibt, nämlich einem Wehrlosen mit Gewaltmitteln zu drohen. (Beifall rechts.) Widerspruch links.) Unerhörter ist es, wenn der „Borwärts“ heute früh schreibt: „Wenn diese Vorschläge nicht genügen, müssen sie geändert werden, bis die Entente zufrieden ist.“ (Zurufe rechts.) Das ist geradezu eine Aufforderung an die Entente: Wenn ihr noch mehr haben wollt, wird es euch bewilligt. (Sehr richtig! rechts.) Frankreichs Streben geht

an den Rhein und über den Rhein.

Es ist irrig, wenn man glaubt, daß es den Franzosen in erster Linie auf das Begehien ankommt. Auch Gewalt hat eine Grenze. (Zuruf des Abg. Dittmann [U.Soz.]: Das haben Sie selbst erfahren!) Herr Dittmann, wollen Sie sich mehrlos allem und jedem unterwerfen? (Neuer Zuruf des Abg. Dittmann [U.Soz.]: Sie sind ja gerade der Typ eines Gewaltpolitikers, Sie wollen ja auch nicht bezahlen!) Wenn Sie (nach links) immer davon reden, daß die den Krieg verschuldeten, auch alles bezahlen sollten, so würde das die Auslieferung unseres schon so arg zusammengeknallten produktiven Vermögens an die Entente bedeuten. Damit wäre den Arbeitern am allermeisten geblieben. Durch eine ähnliche Politik ist Irlands Bevölkerung im letzten Jahrhundert von 8 auf 4 Millionen heruntergegangen. Denken Sie auch an Clemenceaus Auspruch: Es gibt in Deutschland 30 Millionen Menschen zuviel. (Zuruf links: Das hat Professor Gruber auch gesagt! — Gegenruf rechts: Ach, Rosas, seien Sie doch ruhig! — Heiterkeit.) Auf der Gegenseite will man Deutschland vernichten und ausrauben. Unsere Hoffnungen sind gleich Null, wenn unsere Regierung nicht endlich sagt: Bis hierher und nicht weiter. Das deutsche Volk scheint von Jahrhundert zu Jahrhundert Zuchtigungen nötig zu haben, um zur Bestimmung zu kommen. (Zuruf links: Sie haben sie nötig!) Ich spreche nicht von dem Hördstreich der Revolution. Herr Müller hat recht, ein gewisser Teil des Volkes amüßert sich in Berlin genau so gut wie sonst. (Zuruf links: Ihre Leute! — Gegenruf rechts: Rein, das tun die Judenemokraten!)

Wir auf der Rechten gehen in Saß und Nische.

(Gelächter links.) 1807 waren in Preußen die Zustände genau so wie jetzt in Deutschland. Aber die Weltgeschichte war mit dem Jahr 1807 nicht zu Ende; sie wird auch mit dem Jahre 1921 nicht zu Ende sein. (Stürmischer Beifall rechts.)

Abg. Dr. Breitscheid (U.Soz.): Herr Helfferich sprach von der Friedfertigkeit Wilhelms II. Ich könnte von einem Aftenstück sprechen, das dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Kenntnis kam und selbst der Rechten weitere Illusionen über die Friedfertigkeit Wilhelms II. schwer machen würde. Ich darf jedoch nur von dem sprechen, was schon in die oemürtige Presse gelangte. Zu derselben Zeit, als nach Helfferich im Jahre 1912 die einzige Friedensmöglichkeit bestand, verlangte Wilhelm II.,

daß die Vereinigten Staaten 30 Millionen Dollar, Frankreich 40 Millionen Dollar zahlen sollten, daß die baltische Küste bei Deutschland bleiben und den Engländern sogar Kalis weggenommen werden sollte. (Anhaltende Bewegung.) Ueber die Zerstörungen der feindlichen Industrie könnte Herr Stinnes authentische Auskunft geben.

Gegen die Feststellung unserer Leistungsfähigkeit durch Sachverständige haben wir die schwersten Bedenken. Jedenfalls müssen die Arbeiter möglichst wenig belastet werden, denn eine solche Lösung dient auch den wirtschaftlichen Interessen der ganzen Welt am besten; die Amsterdamer Beschlüsse der Arbeiter bringen die erste positive Lösung nach all der negativen Kritik. Die Arbeiter müssen jetzt

Subjektive des Friedens:

werden, weil sie Objekte des Krieges waren. Es ist bedauerlich, daß nicht schon früher auf die deutschen Vorschläge die Arbeiter bestimmenden Einfluß hatten. (Zuruf des Ministers Simons: Es waren Arbeiter vertreten!) Das waren Konzeptionsfehler, die an einer unmöglichen kapitalistischen Lösung mitarbeiten sollten. In einer wirklichen Lösung ist die Voraussetzung freilich ein maßgebender Einfluß der Arbeiterklasse auch in den Entente-Ländern. Dieser Sieg des Sozialismus, ohne den das Werk schließlich doch Stückwerk bliebe, kann freilich weder durch irgendwelche Putsche noch durch revolutionäre Phrasen erzwungen werden, sondern nur durch hingebende Arbeit. Dieser Weg wird langsam gegangen werden, aber er wird gegangen. Inzwischen stehen wir nicht mit verchränkten Armen da, sondern haben die Aufgabe, an den Aufgaben der Gegenwart so mitzuarbeiten, daß die Interessen der Arbeiter gewahrt bleiben. Deshalb verlangen wir aber auch, daß man unseren Ideen Rechnung trägt.

Es war ein schlechtes Tauschspielertumstück des Herrn Helfferich, uns der Unterstützung für Herrn Briand zu beschuldigen. Wir haben

mit Briand nichts gemein

und halten seine Gewaltpolitik für das allerungeeignetste Mittel zur Lösung, auch unter der angeblichen Rechtsform der Sanktionen. Die Schäden dieser Politik fallen auf ihre Urheber zurück. Aus dem Kohlenabkommen erwächst jetzt schon der englischen Industrie eine Konkurrenz, unter der auch die englische Arbeiterschaft leidet. Auch die gegnerischen Kapitalisten müssen die schlimmen Folgen dieser Politik einmal erkennen. Inzwischen ist für uns weder Resignation noch der Appell an die Gewalt am Platze. Die ganze deutsche Agitation zielt auf den Appell an die Waffen hin. Den Deutschnationalen rufe ich zu: Run laßt doch einmal, was ihr wollt! Wenn ihr es nicht laßt, so seid ihr schlechte Komödianten und nichts anderes! Wollen Sie die Konsequenzen nicht ziehen und einen neuen Krieg herausbeschwören, so beweist das, daß Ihre Agitation keine außenpolitischen, sondern innerpolitischen Gründe hat. Sie werden einfach von parteigegensätzlichen Beweggründen geleitet.

Verfehlt ist auch die Resignation der Regierung.

Es wäre die Pflicht der Regierung, die Expropriation der deutschen Industrie zugunsten des französischen Kapitalismus, die einer kapitalistischen Regierung doch wohl furchtbar genug sein muß, mit allen Kräften zu verhindern.

Wenn Herr Helfferich hier erklärt, auch er wolle Opfer bringen, so haben wir bisher immer nur gesehen, daß seine Freunde die Opfer aus den Taschen anderer Leute bringen. Auch die Mahnung an Herrn Simons, den Beweis für die deutsche Unschuld am Kriege zu erbringen, war überflüssig. Wenn dieser Beweis so leicht wäre, so hätte ihn die Regierung längst erbracht. Die erste Voraussetzung für eine Lösung ist vielmehr der Beweis des guten Willens und der Ehrlichkeit unserer Politik. Dasselbe hat die monarchistische Demonstration in Ratsdam sehr schädlich gewirkt. Wir verstehen wohl die Ge-

fühle der Plebs und haben gegen die verstorbene Kaiserin persönlich nie etwas gehabt. Aber es ist ein Unterschied, ob man seine Pietät beweist, oder eine Leichenparade abhält. Die dort versammelten Herren wollten zeigen: Wir sind noch da und wir werden noch da sein! (Zuruf rechts: Das war ihr gutes Recht!) Gewiß war das ihr gutes Recht, aber beklagen Sie sich dann nicht über die außenpolitischen Folgen und bestritten Sie nicht, daß es sich um eine monarchische Demonstration gehandelt hat. Es machte sich wirklich sehr häßlich, wenn in dem Augenblick, wo Amerika um seine Vermittlung angegangen wird, ein amerikanisches Ehepaar, bloß, weil es englisch sprach, von Offizieren blutig geschlagen wurde. (Entrüstete Zurufe rechts: Landesverräter!)

Auch die Entwaffnungsoption ist nicht mit Energie durchgeführt worden: Das zeigt ein Angebot von Tausenden von Gewehren an eine gewisse Berlin-Stettiner Arbeitsgemeinschaft. Das zeigen auch die Zahlen, die im bayerischen Landtag über die Entwaffnung der Einwohnerwehren genannt wurden. Der mitteldeutsche Aufstand, wo nur die Sipps eingegriffen hat, ist der beste Beweis, daß die Polizei für solche Zwecke völlig ausreicht. Verhängnisvoll war es dann, daß die deutsche Regierung auch jetzt wieder die so oft erwähnte Grenze des Möglichen erweitert und einen

Schacher nach den Methoden des billigen Jakob

getrieben hat. Jetzt ist man dazu geschritten, an die Substanz des deutschen Vermögens heranzugehen, die Kapitalisten haben aber ihre Substanz gerettet. Die einzige Aktion der Regierung bestand in der mehr oder minder geschickten Abfassung von Noten an die Entente. Herr Simons sprach von der letzten Londoner Ablehnung als von einer Ohrfeige. Eine derartige Ablehnung darf man nicht nach dem studentischen Ehrentodez behandeln, sondern man hätte alles tun müssen, um neue Ohrfeigen abzuwehren. Diplomatisch ungeschickt war es, in das Memorandum hineinzuschreiben, daß Frankreich gar keinen Wiederaufbau wolle. Ein Beamter des Auswärtigen Amtes soll sich geäußert haben, wenn man gewußt hätte, daß Amerika dieses Memorandum veröffentlichen würde, dann hätte man diese Unannehmlichkeit nicht gemacht, was aber die Sache nicht besser macht. Der Geist im Auswärtigen Amt ist etwas stark angedomert. Es ist fraglich, ob es gut war, daß in dieser kritischen Zeit der Außenminister in Lugano und der Reichsminister in Freiburg revidierten. Herr Simons konnte getrost das ganze Auswärtige Amt nach der Schweiz ausführen. Das Auswärtige Amt ist ein Museum Wilhelmianischer Acker.

Herr Simons, es war nicht recht, daß der Herr das Haus verlassen hat, und das Schicksal des Auswärtigen Amtes so dunklen Mächten überließ. Die Hoffnungen des Herrn Hörsch auf den Auswärtigen Ausschuss sind ungerechtfertigt. Der Auswärtige Ausschuss gleicht dem berühmten Federmesser ohne Ringe, dem der Stiel fehlt. In diesem Ausschusse kommt man in der Regel nur zusammen, um die Scherben anzusehen, die die Regierung gemacht hat. Die Auffassung Simons von der Demokratie ist etwas einseitig, wenn er behauptet, man könnte bei einem Scheitern der Aktion einfach die Verantwortlichen dann zur Verantwortung ziehen. Vor allem hätte der Minister kein Recht, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen, das vorher nicht gehört worden war. Der Umweg der letzten Note über Amerika wird nicht hindern, daß sie doch in Paris landet. Aus einem falschen Ehrbegriff heraus sind solide Wochen und Monate veräußert worden, die Regierung hat ein Hazardspiel mit den Interessen des deutschen Volkes getrieben.

Der erste Mal

steht vor der Tür, ein erster Mal der Not und des Elends. Den Staatsmännern haben und drüber, die eine so verhängnisvolle Politik getrieben haben, rufen wir zu: Es wird kommen ein erster Mal, an dem das Volk sprechen wird! (Starker Beifall.)
Abg. Fröhlich (Komm.): Was hat sich wohl die deutsche Regie-

rung dabei gedacht, als sie der Entente jetzt diese ungeheure Summe angeboten hat? Solche Politik ist in der Tat nichts anderes, als eine Hazardpolitik. Die Sanktionen gehen auf eine vollkommene Zerrüttung, Schwächung und wirtschaftliche Zermürbung Deutschlands aus. Die Abschneidung des oberhessischen Industriegebiets von Deutschland hat den Zweck, uns ganz in die Hand der Entente auszuliefern. Das Wiederaufbauprogramm der Gewerkschaftsinternationale, auf deren Boden sich die Sozialdemokraten und Unabhängigen gestellt haben, bedeutet nur die Ausbeutung der Arbeiter durch das internationale Kapital. (1) In der Situation von heute gibt es nur eine Politik: Die Massen hineinzuführen in den revolutionären Kampf, den Kapitalismus zu stürzen und einzuführen die deutsche Räterepublik. (Lachen rechts.)

Vizepräsident Dittmann schlägt dem Hause vor, sich zu vertagen. — Abg. Borch (Komm.) widerspricht. — Der Vertagungsantrag wird gegen die Kommunisten angenommen.

Das Haus vertagt sich nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Müller-Franken (Soz.) und Helfferich (Dna.) auf Donnerstag, 1 Uhr. Fortsetzung der Debatte von heute, Nachtragsetat, Ortsklassenverzeichnis, Sondergerichte, Behebung der Erwerbslosigkeit.

Das Urteil im Dynamitprozeß.

In der Nachmittags-Sitzung des Prozesses gegen die Attentäter auf das Kraftwerk „Interpreet“ hielten zunächst die Justizräte Broß und Fränkl sowie Rechtsanwalt Dr. Weinberg ihre Plaidoyers, in denen sie mildere Strafe bzw. Freisprechung beantragten. Nachdem dann beim letzten Wort die Angeklagten Wingerling und Schwalbe je eine mehr als einstündige kommunistische Rede gehalten hatten, zog sich in der sechsten Nachmittagsstunde der Gerichtshof zur Beratung zurück. Nach mehr als zweistündiger Beratung verurteilte der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Erbst folgendes

Urteil:

Der Angeklagte Wingerling wird wegen Verbrechens gegen § 6 des Sprengstoffgesetzes in Tateinheit mit Verbrechen gegen § 86 StGB. (Vorbereitung zum Hochverrat), ferner wegen unbefugten Waffenbesitzes und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu einer Gesamtstrafe von 10 Jahren 6 Monaten Zuchthaus.

Der Angeklagte Schwalbe wegen Verbrechens gegen § 6 des Sprengstoffgesetzes in Tateinheit mit Verbrechen gegen § 86 StGB, unter Freisprechung von der Anklage des unbefugten Waffenbesitzes zu 7 Jahren Zuchthaus.

Der Angeklagte Biesforch wegen derselben Vergehen zu 5 Jahren 3 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Gegen den Angeklagten Herzberg wird wegen Vergehens gegen § 13 des Sprengstoffgesetzes auf 1 Jahr 1 Monat Gefängnis erkannt.

Der Angeklagte von Felden wird unter Freisprechung von der Anklage der Begünstigung wegen unbefugten Waffenbesitzes zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Bei den Angeklagten Wingerling, Schwalbe und Biesforch ist auf Zulässigkeit von Vollzeitaufsicht erkannt worden. Außerdem werden die Waffen eingezogen. Gegen den Angeklagten Heber ist mit Rücksicht auf seinen angetretenen Alibibeweis das Verfahren abgetrennt worden.

In der Begründung sprach der Vorsitzende zunächst noch einmal die Zuständigkeit der Sondergerichte aus und betonte dann, daß bei der Beurteilung des Falles politische Gesichtspunkte ausgehoben seien. Die tatsächliche Grundlage für das Urteil hätten die Aussagen der Angeklagten im Vorverfahren gegeben, die im Laufe der Verhandlung voll bestätigt seien. Das Gericht habe davon Abstand genommen, auf Ehrverlust zu erkennen, weil die Angeklagten nicht aus ehrenrührigen Motiven gehandelt hätten.
Schluß: 17 Uhr.

Peters Union

führt die

Kilometer-Garantie

für

Vollgummi-Reifen

wieder ein.

Die Güte unserer Vollgummireifen haben wir auf eine Höhe gebracht, die uns das Recht gibt, eine Garantie für die Leistung unserer Reifen zu geben. Durch diese Wiedereinführung der Kilometer-Garantie, verbunden mit einer angemessenen Preisermäßigung, verschaffen wir den Verbrauchern von Vollgummireifen endlich wieder eine Grundlage für eine Berechnung der wirklichen Unkosten ihres Betriebes. Die Wirtschaftlichkeit der Lastwagen- und Omnibus-Betriebe ist hierdurch garantiert. Wir sind gewiß, daß alle Beteiligten unsere Maßnahmen, die zur Gesundung der gesamten Branche erheblich beitragen werden, mit Freude begrüßen.

Mitteldeutsche Gummiwarenfabrik Louis Peter A.-G.
Frankfurt am Main

Tel.: Amt Moritzplatz
3245 u. 4405

Filiale: Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 11-12

Tel.: Amt Moritzplatz
3245 u. 4405

Öffentl. Volks-Versammlungen

Nachmittags-Beranstaltungen

Sonntag, den 1. Mai, vormittags 10 Uhr:

Konzert / Festrede / Rezitationen / Gesang / Tanz

Berlin: Brauerei Köpenick, Schönhauser Allee 10/11. ... Nationalhof, Köpenick, 37. ...

Berlin: Brauerei Köpenick, Schönhauser Allee 10/11. ... Oberländer, Köpenick, 37. ...

Referenten: Altmeier, Heinrich Bahle, Friedrich Barfels, Erwin Barth, Karl Bauer, Dr. N. Bendiner, Edward Bernheim, ...

Groß-Berlin

Bummel.

Eine Stunde, eine ganze freie Stunde! Aber was anfangen? Was? ... Wo kurz und gut: ein Bummel wird gemacht.

Von der „Puppenbrücke“ her, durch das Autogehupe, summen weiche Töne. Ein schwer Kriegsbeschädigter spielt ein kleines Harmonium und wird von einem Leidensgenossen auf der Geige begleitet.

Ein paar Schritte weiter wieder ein kleines Erlebnis. Eine schlichte derbe Pilschbier, bedeckt mit Theaterplakaten. Und auf dem einen ein gepreizter preußischer Adler ältesten Stils.

... und dann — pubbere, altes Preußenherz — das Zeughaus. Da siehste Güte, wenn es doch wirklich ein staaliches oder kommunales Zeughaus wäre, in dem man für, sagen wir mal, 300 M., einen guten modernen Anzug erhalte.

Darunter eine delcible Frau mit einem Gestell voller Anstandsarten und mit einer Tafel voller dreifarbigter Schleifen und Borstennadeln. Alles schwarz-weiß-rot. Man sucht die andere Farbe, die neue der Republik, umsonst. Man fragt: „Ja, die gibt es nicht.“

Wie heißt's doch so hübsch im Lied: Die man will, die kriegt man nicht, und die andere mag man nicht. So ist's nun auch in der schönen, in der neuen, in der grauen Republik.

Ein Bummel zwar, aber: war er umsonst?

Berliner Wohnungszwischen in — Stockholm.

„Wohnungsverkäufe“ sind in Berlin angeblich nicht mehr möglich, daß aber die Ankündigung eines „Wohnungsverkaufes“ hier noch in aller Öffentlichkeit geschehen kann, haben wir kürzlich im „Vorwärts“ mitgeteilt.

„Herrschafliche 5-Zimmer-Wohnung in Berlin, seiner Westen, nahe Tiergarten und Potsdamer Platz, 5 große Zimmer, Dielen, Wohnzimmer, Bad, Küche mit Einrichtung sofort zu verkaufen.“

In dieser Anzeige wird offen erklärt, daß nicht nur die Wohnungseinrichtung, sondern auch die Wohnung selber „verkauft“ werden soll. Daher wird auch ausdrücklich angegeben, in welchem Stadteil die Wohnung liegt, wie das Haus beschaffen ist, wieviel Zimmer und welche sonstigen Einrichtungen die Wohnung hat.

Das Wohnungsamt hat übrigens nicht nötig, sich erst in ausländischen Zeitungen umzuschauen, um Angebote von „Wohnungsverkäufen“ zu entdecken. Ein Schöneberger macht uns darauf aufmerksam, daß die „B. Z.“ eine auffällig große Zahl von Angeboten möblierter Wohnungen zu sehr respektablen Preisen bringt.

Unter den uns überlieferten Anzeigen finden wir z. B. auch diese: „Kurfürstendamm, Charlottenburg, 4 Z., B. mit allem Komf. zu verkaufen, evtl. Uebernahme des Kontrattes.“

„Kurfürstendamm, Charlottenburg, 4 Z., B. mit allem Komf. zu verkaufen, evtl. Uebernahme des Kontrattes.“

„Kurfürstendamm, Charlottenburg, 4 Z., B. mit allem Komf. zu verkaufen, evtl. Uebernahme des Kontrattes.“

Bezirksämter in Tätigkeit.

Nachstehende Bezirksämter haben die Verwaltungsgeschäfte am Tage nach der Einführung ihrer Mitglieder übernommen: Bezirksamt 7 Charlottenburg, 9 Wilmersdorf, 10 Zehlendorf, 11 Schöneberg, 12 Steglitz, 13 Tempelhof, 14 Reinickendorf, 15 Köpenick, 16 Spandau, 17 Lichtenberg, 18 Weihensee, 19 Panlow, 20 Reinickendorf.

Die Alt-Berliner Bezirke 1—6 können ihre Tätigkeit erst nach und nach aufnehmen. Die Uebergabe der Verwaltungsgeschäfte kann — abgesehen von den Verwaltungen, in denen bereits eine dezentralisierte Amtsführung vorhanden ist, erst dann geschehen, wenn die Zuständigkeit der Zentralverwaltung und der Bezirksämter nach Anhörung der Bezirksbürgermeister gemäß § 25 des Gesetzes vom 27. April 1920 abgegrenzt sein wird.

Briefmarken aus der Parfümfabrik.

Es genügt den Fälschern nicht mehr das Nachahmen von Banknoten und sonstigem Papiergeld, von Steuer-, Brot- und anderen Marken, auch die Postwertzeichen haben ihre Aufmerksamkeit erregt. So wurde in der Berliner Allee 151 in Weihensee eine Fälscherfabrik von der Kriminalpolizei ausgehoben.

Vor einiger Zeit mieteten zwei junge Männer dort ein leeres Zimmer und erzählten dem Vermieter, daß sie Eau de Cologne und auch mit eigenen Druckmaschinen die Etikette für die Flaschen herstellen wollten. Hausgenossen aber, denen der Betrieb verdächtig vorkam, machten die Kriminalpolizei aufmerksam.

Die beiden Männer, ein 22 Jahre alter Kaufmann Werner Hoch, aber leugneten jede Fälschertätigkeit. Ein Desinfektorparat, der in dem Raum stand, sollte ihre Versicherung noch bekräftigen. Eine genauere Durchsuchung förderte jedoch eine auf dem Balkon verteilte Platte zutage, mit der falsche oberdeutsche Abstammungsbriefmarken hergestellt werden sollten. Jetzt haben die beiden den

Stine Menjchenkind.

III. Der Sündenfall. Von Martin Andersen Nexö.

Aber wie konnte man hinkommen? Zu segeln war das Leichteste und Natürlichste, aber den Mädchen sagte das nicht besonders zu, und zu Fuß hinzugehen, dazu war der Weg zu lang. Es gab ja allerdings noch den Ausweg, zu versuchen, ob man nicht den großen Klaus leihen konnte.

Ja, das war wirklich etwas: wieder einmal mit dem großen Klaus zu fahren! Die Mädchen sagten: „Ah!“ und machten große Guddächer, und die beiden Buben benahmen sich wie übermütige Füllen. Christian wurde gleich ausgeschickt, um das Fuhrwerk zu bitten, und ehe man's erwartet hatte, hielt er damit vor der Tür.

„Nun hieß es, sich spüten! Die Kinder hatten ihren Staat an, aber alles mußte ja noch einmal nachgesehen werden; sie bemühten sich wirklich, proper auszusehen, aber man mußte ja, wie es mit Kindern war. Christian hatte schwarze Knie, sie waren ganz rauh und hart; es gehe nicht ab, behauptete er. „Komm her, ich werd' es schon abkriegen,“ sagte Stine und kam mit grüner Seife und der Scheuerbürste, aber Christian sprang weg.

„Glaubst du, ich will Mädchenbeine haben,“ sagte er getränkt.

Stine packte einen Korb voll Brot, Butter und Schmalz in Steinböden, kalten Fisch, und was sonst noch herbeizusammen war. „Jetzt fehlen uns nur noch ein paar Flaschen Bier,“ sagte sie.

„Die kaufen wir drüben — und Kaffee auch!“ erwiderte der Vater flott. „Heute wollen wir uns mal recht amüsieren.“

„Aber du hast ja kein Geld!“ wandte Stine vernünftig ein.

Das war ja auch wahr, Lars Peter hatte es ganz vergessen. Man hat sich so daran gewöhnt, nie einen Pfennig in der Tasche zu haben, daß es geradezu ein Laster wird, jagte er lachend. „Ach, Christian, spring doch mal zu Rasmus Olfens hinüber und bitt' sie, Vater 'nen Taler zu leihen.“

„Wenn sie nur was haben,“ sagte Stine, nach Olfens Hütte hinübersehend.

„Ja, sie haben Geld. Weißt du, Rasmus Olfens Bootsmannschaft hat heut nacht bei Hessel's ein Boot aus Hundestelb getroffen, dem haben sie einen Teil vom Fang verkauft,“ sagte Lars Peter gedämpft. „Man muß ja zwischendurch mal so 'ne Nummer haben, um ein paar Bohlen in die Finger zu kriegen.“

Da kam Christian von drüben gesprungen. Man konnte seinem Laufen ansehen, daß er Erfolg gehabt hatte. In der Hand hielt er eine durchsichtige Flasche, aus der die Sonne Funken schlug. „Das ist ja wahrhaftig Schnaps,“ rief Lars Peter mit ganz warmer Stimme. „Das war wirklich sehr freundlich von Rasmus Olfen!“

„Und weißt du was,“ sagte Paul, Stine am Kopf ziehend, „drüben im Bannkuchenhaus haben sie Aepfelscheiben; ich glaube, die sind für uns.“ Ja, Stine hatte es schon gerochen.

„Aber woher wissen sie denn, daß wir einen Ausflug machen wollen?“ fragte sie erstaunt.

Das war kein Geheimnis. Das Fuhrwerk war von einer Kinderschar umringt, und rings aus den Hütten steckten die Frauen die Köpfe heraus und guckten. Nicht jeden Tag hielt das Staatsfuhrwerk hier im Dorf vor der Tür.

Wie wunderbar war es, den großen Klaus wiederzusehen! Alt war er — und mißbraucht; er war sehr mager geworden, seit Stine ihn zuletzt gesehen hatte. Sie suchte ein paar alte Brotkrumen für ihn heraus, aber der große Klaus roch bloß daran! Man mußte sie ihm in Wasser aufweichen, damit er sie kauen konnte. Aber erkennen konnte er sie; besonders über das Wiedersehen mit Lars Peter freute er sich. Er wickelte leise, sobald der Vater sich ihm näherte. Es war wirklich rührend. „Er hat es am liebsten, wenn man ihn die ganze Zeit streichelt,“ sagte er traurig und sah sie ins Maul. Der Gaul schob den Kopf zwischen Lars Peters Arm und Brust und stand unbeweglich still.

Den Kindern tat das Tier im Grunde leid, wenn sie an die lange Tour dachten; es ließ sich so müde hängen, sein Riesentörper gleich einem alten Hause, das im Begriff ist, einzustürzen. Aber Lars Peter meinte, es werde schon gehen, und als sie erst auf dem Wagen waren, da hielt der Gaul ganz gut durch. Lars Peter ging neben dem Fuhrwerk her, bis sie aus dem losen Dünenland heraus waren; und der Born-und-hinten-Datob, der auch erschienen war, schob von selber hinten nach. Es war gar kein so törichter Einfall von ihm.

„Aber die Aepfelscheiben!“ sagte Paul, als sie oben auf der Düne Halt machten, damit der Vater auf den Wagen

steigen konnte. „Die haben wir ganz vergessen.“ Stine schauete nach dem Hause hin; sie hatte wohl daran gedacht, aber man konnte doch nicht so einfach hingehen und darum bitten, selbst wenn man wußte, daß sie für einen bestimmt waren. Aber da kam die kleine Frau in der Tür zum Vorschein und winkte. Christian sprang geschwind vom Wagen. Dann schleppte er einen schweren Korb herbei. „Es ist auch Stachelbeergurke drin,“ sagte er. „Und dann sollt' ich einen Bruch bestellen. Sie wünschen uns viel Vergnügen!“

Langsam, aber sicher fuhren sie landeinwärts. Als der große Klaus sich erst einmal die Gelenke warm gelaufen hatte, ging es ganz gut mit ihm; er hatte noch etwas von der alten Gangart an sich, die die Weilen besser erledigte als mancher Läufer.

Wie schön war es, wieder ins Innere des Landes zu kommen, und obendrein hoch zu Wagen. Nach allen Seiten hin lagen Felder, Grundstücke mit je einem Heim, das alles erzählte von soviel Mühe und Arbeit. Hin und wieder sah man weit drüben die Fläche des Arrefeers schimmern, und dabei mußte man an das „Eisternest“ denken. Die Zeit hatte das Ihre getan, hatte alles Zufällige getilgt und nur das Wesentliche übriggelassen. Es war doch ein Eigentum, was das „Eisternest“ mit Aekern darum, mochten sie auch noch so mager sein, mit Kuh und Schwein und Hühnern, die Eier legten. Man war sein eigener Herr gewesen, solange man einem jeden das Seine gab. Sie sprachen nicht darüber und hatten doch die gleichen Gedanken; das sah man an der Art, wie sie den Hals reckten, wenn sie über einen Hügel weg waren, um womöglich etwas Rauch vom Eisternest aufsteigen zu sehen. Hätte der große Klaus nicht darunter zu leiden gehabt, so hätte Lars Peter den Umweg an dem Hause vorbei gemacht. „Man hätt' vielleicht doch drin bleiben sollen,“ sagte er halbblau. Er sagte es zu keinem von den Kindern, aber diese dachten etwas Ähnliches. Selbst der kleine Paul war jetzt ganz in sich gefehrt, als ob er sich mit der Erinnerung in die Vergangenheit zurückwand und alles wiedererkannte. — Das Ackerland war doch etwas anderes als das Meer.

Da, wo man zum Fischerdorf hinunterfuhr, lag ein riesiges Gebäude, das außen bis zum Dache dicht mit hölzernen Vogelbauern behängt war. „Das ist das Badhotel,“ erklärte Lars Peter. „So ein Ding will der Krugmann bei uns auf-führen. Der Hentel soll verstehen, wie es sich bezahlt machen kann, — wo es nur einen guten Monat in jedem Jahr in Gebrauch ist.“ Der große Klaus mußte anhalten, während sie das Gebäude besichtigten.

„Aber die Aepfelscheiben!“ sagte Paul, als sie oben auf der Düne Halt machten, damit der Vater auf den Wagen

steigen konnte. „Die haben wir ganz vergessen.“ Stine schauete nach dem Hause hin; sie hatte wohl daran gedacht, aber man konnte doch nicht so einfach hingehen und darum bitten, selbst wenn man wußte, daß sie für einen bestimmt waren. Aber da kam die kleine Frau in der Tür zum Vorschein und winkte. Christian sprang geschwind vom Wagen. Dann schleppte er einen schweren Korb herbei. „Es ist auch Stachelbeergurke drin,“ sagte er. „Und dann sollt' ich einen Bruch bestellen. Sie wünschen uns viel Vergnügen!“

Langsam, aber sicher fuhren sie landeinwärts. Als der große Klaus sich erst einmal die Gelenke warm gelaufen hatte, ging es ganz gut mit ihm; er hatte noch etwas von der alten Gangart an sich, die die Weilen besser erledigte als mancher Läufer.

Wie schön war es, wieder ins Innere des Landes zu kommen, und obendrein hoch zu Wagen. Nach allen Seiten hin lagen Felder, Grundstücke mit je einem Heim, das alles erzählte von soviel Mühe und Arbeit. Hin und wieder sah man weit drüben die Fläche des Arrefeers schimmern, und dabei mußte man an das „Eisternest“ denken. Die Zeit hatte das Ihre getan, hatte alles Zufällige getilgt und nur das Wesentliche übriggelassen. Es war doch ein Eigentum, was das „Eisternest“ mit Aekern darum, mochten sie auch noch so mager sein, mit Kuh und Schwein und Hühnern, die Eier legten. Man war sein eigener Herr gewesen, solange man einem jeden das Seine gab. Sie sprachen nicht darüber und hatten doch die gleichen Gedanken; das sah man an der Art, wie sie den Hals reckten, wenn sie über einen Hügel weg waren, um womöglich etwas Rauch vom Eisternest aufsteigen zu sehen. Hätte der große Klaus nicht darunter zu leiden gehabt, so hätte Lars Peter den Umweg an dem Hause vorbei gemacht. „Man hätt' vielleicht doch drin bleiben sollen,“ sagte er halbblau. Er sagte es zu keinem von den Kindern, aber diese dachten etwas Ähnliches. Selbst der kleine Paul war jetzt ganz in sich gefehrt, als ob er sich mit der Erinnerung in die Vergangenheit zurückwand und alles wiedererkannte. — Das Ackerland war doch etwas anderes als das Meer. Da, wo man zum Fischerdorf hinunterfuhr, lag ein riesiges Gebäude, das außen bis zum Dache dicht mit hölzernen Vogelbauern behängt war. „Das ist das Badhotel,“ erklärte Lars Peter. „So ein Ding will der Krugmann bei uns auf-führen. Der Hentel soll verstehen, wie es sich bezahlt machen kann, — wo es nur einen guten Monat in jedem Jahr in Gebrauch ist.“ Der große Klaus mußte anhalten, während sie das Gebäude besichtigten.

(Fortf. folgt.)

wahren Charakter ihres Betriebes zu versicherten aber, daß sie noch keine Fallstricke ausgegeben hätten. Sie behaupten, ein Amerikaner habe sie beauftragt, für ihn die Abstammungsmarken zu fälschen. Mittlungen, die zur weiteren Aufklärung dienen, besonders auch darüber, ob die Verhafteten bereits Marken gefälscht und in den Verkehr gebracht haben, nimmt Kriminalkommissar Bennat im Zimmer 105 des Berliner Polizeipräsidiums entgegen.

Tobsuchtsanfall im Gerichtssaal.

Eine überaus aufregende Szene führte gestern den Schluß einer Verhandlung vor dem Landgericht III. Die Arbeiter Schäfer und Mißch waren wegen schweren Einbruchdiebstahls angeklagt. Der erstere wurde zu 9 Monaten, der letztere zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Mißch, dem trotz seiner Vorstrafen mildernde Umstände bewilligt worden waren, war schon über das ihn belastende Geständnis seines Komplizen in große Aufregung geraten. Als er nun wegen der Höhe der Strafe in Haft genommen werden sollte, widerlegte er sich seiner Abführung und schrie plötzlich mit einem lagenartigen Schrei über die Schranken der Anklagebank und den Sachverständigen und rannte mit dem Kopf durch die Fensterscheibe. Blutüberströmt tobte er dann weiter, bis es endlich mit großer Mühe gelang, den Wütenden ins Gewahrsam zu bringen. In der Zelle zerbrach er abermals die Fensterscheiben, den Tisch und alles, dessen er habhaft werden konnte, und beruhigte sich erst nach geraumer Zeit.

Die Millionäre gegen Groß-Berlin.

In der Hohenzollernschule, Belziger Straße in Schöneberg, fand eine zahlreich besuchte öffentliche Versammlung statt, in welcher der Genosse Finanzminister a. D. Pödemann über die Bewegung „Los von Berlin“ sprach. Er führte etwa folgendes aus: Trotz der vorliegenden wichtigen und einschneidenden politischen Tagesfragen müßte aber auch diese behandelt werden, weil von den rechtsstehenden bürgerlichen Parteien, den Millionären und Billenbesitzern der westlichen Vororte Bestrebungen ausgehen, aus der Einheitsgemeinde Groß-Berlin herauszukommen. Der Grund hierfür liegt klar auf der Hand. Die bekannte Steuer-scheu und die Notwendigkeit, die ins Riesenhafte gestiegenen Schulden der Stadt Berlin mitzutragen zu müssen, sind die Liebhaber dieser Mühsarbeit. Redner zieht dann Parallelen zwischen den Millionären in den Villenorten und dem Proletariat im Norden und Osten von Berlin, und zwar in bezug auf die Lebensweise und auf die kommunalen Lasten. Gerade bezüglich der letzteren war der Unterschied ein gewaltiger. Genosse Stadtverordneter Czerninski gibt dann noch in der Aussprache einige wichtige ergänzende Erläuterungen. Eine Resolution, die die Ausführungen des Referenten zusammenfaßt, wird einstimmig angenommen.

Straßenbahn gegen Verkehrssteuer.

Die Verkehrsdeputation hatte sich in ihrer letzten Sitzung mit denjenigen Maßnahmen beschäftigt, die erforderlich erscheinen, um für die Straßenbahnen eine Anleihe von 120 Millionen Mark zu erhalten, die für die Ausführung der nicht weiter aufzuschiebenden Erneuerungsarbeiten notwendig ist. Als eine solche Maßnahme wurde vor allem die Aufhebung der Verkehrssteuer bezeichnet. Der Magistrat hat sich mit einem dringenden Antrag an das Reichsfinanzministerium gewendet, worin er darauf hingewiesen hat, daß infolge der vorjährigen erheblichen Betriebserlöse der Straßenbahn auch die Tarifserhöhungen die wirtschaftliche Notlage nicht gemildert haben. Die Durchführung der Verkehrssteuererhebung im Sinne des Verkehrssteuergesetzes scheint hiernach nicht mehr möglich zu sein. Für das Rechnungsjahr 1921 ist mit einer Verkehrssteuer von rund 32,5 Millionen Mark zu rechnen. Da diese Abgabe von den Fahrgebern nicht erhoben werden kann, so mußte sie zu Lasten der Straßenbahn von deren Bruttoeinnahme abgeführt werden, wozu die Straßenbahn sich außerstande sieht, wenn ihr Zusammenbruch vermieden werden soll.

Verkehrsdüfte an der Trebbiner Bahn.

Vor einiger Zeit berichteten wir über die stiefmütterliche Behandlung des westlichen Teiles des Kreises Teltow durch die Eisenbahnverwaltung. Gestern abend fand nun in Groß-Bichterfelde Ost eine Versammlung der Anlieger der Eisenbahnstrecke Berlin-Groß-Bichterfelde-Trebbin statt, zu der besonders die Bewohner von Trebbin und Ludenwalde zahlreich erschienen waren. Bürgermeister Baudach-Trebbin schätzte die an der Strecke der Anhalter Bahn herrschenden ungünstigen Verkehrsverhältnisse. Die hohen Fahrpreise, die voraussichtlich zum 1. Juni zur Einführung gelangen sollen, werden den Berufsverkehr teilweise unmöglich machen, da der neue Preis für eine Monatskarte zwischen Berlin und Trebbin fast die Hälfte dessen beträgt, was ein Durchschnittsangehender im Monat verdient. Ein weiterer Redner berichtete über seinen Besuch im Reichsverkehrsministerium, bei dem u. a. die Ermäßigung für beruflich Reisende abgelehnt und die Einführung einer Einheitsklasse nach bayerischem Muster in Aussicht gestellt worden sei, während die Ausdehnung des Vorortverkehrs nach Trebbin als undurchführbar bezeichnet worden ist.

Der Vertreter der Arbeitergärten in Teltow führte aus, daß die Fahrt, die im Kriege nur 15 bzw. 30 Pf. gekostet habe, heute schon 75 Pf. bzw. 1,50 M. kostet, daß die Befreiung der Gärten in Teltow aber nach dem 1. Juni überhaupt nur Unmöglichkeit wird. Es wurde beschlossen, einen ständigen Ausschuss sowie Ortsgruppen in den einzelnen Ortsgemeinden zu gründen, die zur Erreichung der Einrichtung eines Vorortverkehrs zwischen Berlin und Trebbin geeignete Schritte unternehmen sollen. Weiterhin wollen die Anwohner dieser Strecke sofort zum Protest gegen die Tarifpolitik des Reichsverkehrsministeriums die höheren Klassen boykottieren, um durch den Einnahmefall die Eisenbahn zu zwingen, den Vorortverkehr bis nach Trebbin auszudehnen.

Schwere Unfälle im Zirkus Busch.

Am gestrigen Mittwoch abends gegen 7 Uhr wurde der Stallmeister Philadelphus, der im Zirkus Busch wohnt, beim Betreten des Elefantstalles von einem der Elefanten gegen die Stallwand gedrückt und erlitt einen Unterschenkelbruch. Während der Vorstellung gegen 9 Uhr abends stürzte der Artist Mag Sperling von einem 15 Meter hohen Gerüst, auf dem er das Rad des Schleifensfahrens hielt, in die Manege hinab. Er trug einen Schädelbruch davon und mußte sofort nach einem Krankenhaus geschafft werden.

Die Frage des 60prozentigen Mietszuschlages ist nach unseren Informationen, entgegen der im gestrigen Abendblatt wieder-

gegebenen Meldung, noch nicht spruchreif, da bisher keinerlei Beschlüsse in dieser Richtung gefaßt worden sind und die bisher in die Öffentlichkeit gelangten Nachrichten wohl hauptsächlich von interessierten Kreisen ausgehen, die schon seit langem auf eine Erhöhung hinarbeiten. Das Ganze ist eine Angelegenheit, die in erster Linie den Magistrat angeht, dessen Wohnungsbüro sich auch in der Tat seit geraumer Zeit mit der Festsetzung der Mietszuschläge beschäftigt. Welche katastrophalen Folgen aber gegebenenfalls ein so außerordentlich hoher Mietszuschlag für das gesamte Berliner Wohnungswesen haben dürfte, darüber werden in allen Kreisen kaum irgendwelche Zweifel bestehen.

Wie den B.P.R. von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist eine Stellungnahme des Wohlfahrtsministeriums zu dieser Frage noch nicht erfolgt. Auch liegen bisher entsprechende Anträge des Magistrats noch nicht vor. Die Mitteilung, daß in kleineren Gemeinden bereits Mietszuschläge von 60 Proz. und mehr eingeführt worden sind, ist irrig. Die bisherigen Zuschläge bewegen sich im allgemeinen zwischen 30 und 40 Proz. und hierzu treten die besonderen Zuschläge für Instandsetzungsarbeiten.

Die Neufestsetzung der Polizeistunde. Der Minister des Innern will sich jetzt mit einer neuen Festsetzung der Polizeistunde beschäftigen und hat bei den zuständigen Reichsstellen angeregt, erneut in eine Ueberprüfung der Bekanntmachung vom 11. Dezember 1916 hinsichtlich ihrer Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit einzutreten, insbesondere auch darüber, ob inzwischen eine Aenderung der für den Erlaß der Bekanntmachung seinerzeit maßgebenden Sachlage eingetreten ist, und ob etwa gewisse Erleichterungen im Hinblick auf die Sommerzeit, Hebung des Fremdenverkehrs, Minderung der Erwerbslosigkeit und dergleichen sich mit den früher hervorgehobenen Gesichtspunkten und den unbedingt zu wählenden Staatsinteressen vereinigen lassen. Da diese Verhandlungen mit größter Beschleunigung geführt werden, so darf mit baldiger Bekanntgabe des Ergebnisses gerechnet werden.

Ausbau des Roabiter Krankenhauses. Das Roabiter Krankenhaus wurde 1870 in Form von Kolonaden erbaut und wird in dieser Form größtenteils noch heute benutzt. Hieraus haben sich naturgemäß im Laufe der Zeit unhaltbare Zustände ergeben. Inzwischen wurden massives Wirtschaftsgebäude aufgeführt. Der Ausbau des Krankenhauses selbst ist seit Jahren geplant. Der Magistrat hat nun gestern beschlossen, daß der Ausbau des Krankenhauses Roabit alsbald in Angriff genommen wird. Die erste Bauperiode umfaßt 1921 und 1922 und erstreckt sich auf einen Tuberkulosepavillon von 78 und einen chirurgischen Pavillon von 215 Betten. Der weitere Ausbau wird später erfolgen. Angefordert für die erste Bauperiode sind circa 12 Millionen Mark.

Opfer des Wasserports. Am vergangenen Sonntag ereignete sich auf dem Zentherer See in der Nähe von Kaufsangerwerder ein schwerer Bootsunfall, dem unser Parteigenosse, Gastwirt Freil und der Betriebsleiter der Schindwin-Grünauer-Uferbahn Ritsche zum Opfer fielen. Genosse Freil hinterläßt eine Frau und zwei Kinder.

Eine wertvolle Uhr, die Stunden, Tage, Wochen, Monate und Jahre anzeigt und die ein altes Familienstück ist, wurde Herrn Oskar Tietz, Berlin, Marktgrabenstr. 28, am 23. April im Autobus Nr. 8 nachmittags zwischen dem Potsdamer Platz und der Potsdamer Brücke von einem Taschendiebe gestohlen. Der Diebstahl bietet jetzt dem Diebe für die Rückgabe der Uhr eine Belohnung von 3000 M.

Mitgliedschaft. Am Donnerstag, den 28., erhalten die DI-, DII- und DIII-Karten keine Mitgl. Die 4-Liter-Kartenkarten werden mit Frischmilch beliefert. Die übrige Belieferung bleibt wie bisher.

Da soll nicht! Ueber dieses Thema werden am Donnerstag, den 28. April, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Oberrealschule in Bichterfelde, Ringstr. 8 (nahe des Hindenburgdamms) in einer gemeinsamen Rundgebung des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer und des Bundes religiöser Sozialisten Magnus Schwannke und Varror Meier sprechen. Kreis Aussprache. Die Geistlichen, die Verbände der politischen Parteien, Kriegsteilnehmer- und Jugendorganisationen sind besonders eingeladen.

Ueber die Zukunftsaufgaben des Pazifismus spricht Genosse Pfarrer Bleier am 28. April 1921, abends 7 Uhr, im Auftrage der Deutschen Friedensgesellschaft im Bürgeraal des Rathauses, Königstraße.

Für die Bemessung des Stenerabzuges vom Arbeitslohn, soweit der Wert der Natural- und Sachbezüge in Frage kommt, veröffentlicht das Reichsfinanzamt im Annoncenblatt der vorliegenden Ausgabe die für Groß-Berlin einseitlich festgesetzten Bestimmungen.

Feuerkraftwagen-Verkauf. Die Reichsstraßenhandels-Gesellschaft Zweigstelle Dresden, Bismarckplatz 1, verkauft in der Zeit vom 9. bis 17. Mai auf dem Wege der Ausschreibung eine Anzahl neue und gebrauchte Kraftwagen, gebrauchte Personen- und Lieferwagen sowie 8500 Kilogramm Gliederketten. Näheres ist aus der im Anzeigentell befindlichen Bekanntmachung zu ersehen.

Ausdehnung für das Beamtensteuergesetz. Das Provinzialparlament Berlin des Deutschen Beamtenbundes fordert alle Beamten und Beamtinnen im Reichs-, Staats- und Gemeindefeld sowie alle Lehrer und Lehrerinnen zur Teilnahme an einer großen Beamtenversammlung am Montag, 2. Mai, 7 1/2 Uhr abends, in der „Neuen Welt“, Hofenstraße, auf. Direktor Dr. Böcker vom Deutschen Beamtenbund wird über „Das Beamtensteuergesetz“ sprechen.

Arbeiter-Sängerbund. 1. Bezirk, Wedding, Gesundbrunnen, Neubert, Märkerstr. 164. Am 1. Mai vormittags 9 Uhr. Treffpunkt Rosenhaleer Tor, Ecke Lotharinger Straße.

Theaterveranstaltung des Jugendamts Neudamm. Am Sonntag, den 30. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, veranstaltet das hiesige Jugendamt Neudamm im Ballertheater eine Aufführung von Goethe's „Iphigenie“. Einzelpreis 1,50 M. auf allen Plätzen. Karten im Zimmer 278 des Neudammer Rathauses.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Donnerstag, den 28. April:

- 11. Kreis, Schöneberg-Friedenau, 7 1/2 Uhr bei Odb, Martin-Buffet-Str. 20, Sitzung des Kreisvorstandes.
- 20. Kreis, Reinickendorf, 7 Uhr im Rathaus Reinickendorf, Kreisvertreterversammlung der Frauen. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Genossinnen erforderlich.
- Jungsozialisten. Gruppe Schöneberg-Friedenau, 7 1/2 Uhr bei Odb, Martin-Buffet-Str. 20, Vortrag über: „Jungere Politik“. — Gruppe Tempelhof-Mariendorf, 7 1/2 Uhr bei Kogumel, Tempelhof, Bismarckstraße, Ecke Werdener Straße, Vortrag über: „Entwicklungslehre“. Ref. Alfred Wädel. — Gruppe Friedrichshagen, 7 1/2 Uhr im Konferenzsaal der Gemeindefschule Strommannstr. 6, Vortrag über: „Jugendbewegung“. — Gruppe Treptow und Köpenick, 7 Uhr bei Scholz, Friedrichstr. 8, Literaturabend. — Gruppe Friedrichshagen, 7 Uhr bei Scholz, Friedrichstr. 8, Vortragabend.
- Werkzeuggemeinschaft sozialdemokratischer Eisenbedienten des 12. Verwaltungsbezirks, 7 1/2 Uhr in der Oberrealschule Steglitz, Eisenstraße, Sitzung (Mitgliedschaft). — Eisenbedienten aus den höheren Schulen sowie der Handlöhner anderer Orte. Im Anschluß daran findet eine Stärkung der Werkzeuggemeinschaft zur Erzielung einer äußeren wichtigen Tagesordnung statt.

Morgen, Freitag, den 29. April:

- 6. Kreis, Gropiusstr. 7 1/2 Uhr im Roabes Präsidium, Ritsche, 29, Sitzung des Kreisvorstandes.

- 20. Kreis, Reinickendorf, 7 Uhr in der Aula der 4. Gemeindefschule, Reinickendorf-Str. 20, Sonntagssitzung (nahe Bahnhof-Schöneberg), Sitzung der Kreisvertreter und Eltern, deren Kinder vom Religionsunterricht befreit sind. Thema: „Der Stand der weltlichen Schule und das Schulprogramm des Stadtschulrats Pausen“. Ref. Oberlehrer Marquardt.
- 37.-41. Mt. 7 1/2 Uhr Frauenabend im „Ladenhof“, Turmstraße, Ecke Strommannstraße (Weißer Saal). Thema: „Der moderne Ubergang“. Ref. Gen. Prokop.
- 34. Mt. Reinickendorf, 7 1/2 Uhr Frauenabend bei Laubel, Weisestr. 20. Thema: „Kulturfragen“. Ref. Albert Fortis.
- 114. Mt. Bichterfelde, 7 1/2 Uhr im Reichenaal der Schule Bichterfelde, Wilmbergersammlung. Thema: „Die auswärtige Lage“. Ref. Gen. Anst. Rembold der Abteilungsleitung.
- 130. Mt. Leger, 7 Uhr bei Zornow, Schillerstr. 6, Einstellung der Debatte über die Weisheit.

Sozialdemokratisches Männerchor „Friedrichshagen“. Am 3. Mai (Stimmungslos) Familienausflug. Treffpunkt morgens 9 Uhr in Gadowe vor dem Bahnhof, Frühstück in Osterbach. Von dort Köpenick um 11 Uhr nach Rixdorf. Dort gemütliches Beisammensein, Tanz, Kaffeetrinken usw. Nachheller fahren bis Bichterfelde, von dort direkt nach Rixdorf. Alle Genossen des Kreises Friedrichshagen werden gebeten, mit ihren Familien an dem Ausflug teilzunehmen. Abfahrt abends von Bichterfelde.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin, Sekretariat: W. 46, In den Zellen 24. Heute, abends 7 1/2 Uhr:

Schneebühl: Gemeindefschule (Konferenzsaal) Dohmstraße, Friedenau. — Kantowig: Stadthaus, 8, Vortrag: „Wie soll man wandern?“. — Arbeiterjugend: Berliner Str. 21 (Schule), Mühlenbühl. — Kordoff: Bismarckstraße (Konferenzsaal), 22, Vortrag: „Literaturabend“. — Oden: Straßener Viertel Rognitzstr. 8 (Konferenzsaal), 22, Vortrag: „Das Parlament“. — Rosenfelder: Bichterfelde, Eisenstr. 11/12 (Schule), Vortrag: „Die Entstehung des Menschen und der Natur“. — Schindwin: Vorstadt St. Sonnenburger Straße 20 (Schule), Dohmstraße, 20, Vortrag: „Die Entstehung des Menschen“. — Stieglitz-Friedenau: Lindenstr. 20 (Schule), Mühlenbühl. — Schönl: Reichenberger Viertel: Gropiusstr. 12/13 (Schule), Vortrag: „Die Entwicklungsgeschichte des Menschen“.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Freie Lehrerergewerkschaft. Sonnabend, den 30. April, abends 7 Uhr, im Rathaus, Zimmer 100, Vorkongress. Tagesordnung: Beamtensteuergesetz, Steuerfragen. — Rittersverband Treptow. Funktionäerversammlung am Freitag, den 29. April, abends 7 1/2 Uhr, bei Bause, Rixdorf, 1. — Reichsbund der Kriegsteilnehmer, Bezirk Köpenick. Sonnabend, den 30. April, in den Besessenenräumen der Brauerei Köpenick, Köpenicker Allee 10/11, Wohltätigkeitsfest. Der Gesamtertrag ist für die Unterhaltungsstelle des Bezirks bestimmt.

Sport.

Reichs-Arbeiterporting. Laut Beschluß der Technischen Kommission und des Geschäftsführenden Ausschusses des Turnvereins „Richter“ findet die für den 29. Mai geplante, der letzten Vertretungsverhältnisse wegen abgeleitete Sporterdemonstration am Sonntag, den 28. Mai, nachmittags zwischen 5 und 8 Uhr im Lustgarten statt. Die Techniker und Ausschussmitglieder des Reichsverbandes Groß-Berlin für Sport und Körperpflege haben eine gemeinschaftliche Sitzung am Montag, den 2. Mai, 6 1/2 Uhr, in der Geschäftsstelle „Arbeiterport“, Köpenicker Str. 108.

Briefkasten der Redaktion.

S. M. I. u. 2. Rein. S. u. 4. Jc. — S. E. 44. An die Untergeschichte. — M. R. 21. I. u. 2. Verantwortung wegen Baumwangel nicht möglich. Ortsgruppen sind bei der in Betracht kommenden Stelle, 3. Unseres Geschichtsbuch. — D. W. S. I. u. 2. Unter Umständen ja. Schreiben Sie mit der besten Handschrift. — S. M. I. u. 2. Sie können aber gegen Ihren Nachbarn Klage erheben. Schreiben Sie an einen Rechtsanwalt. — S. E. 100. Richtig. Sie den Vertrag, holen Sie vorher die Zustimmung des Wirtschaftsausschusses ein. — M. W. 100. I. u. 2. Die Hälfte. S. Rein, es sei denn, daß der Arbeitgeber ohne sein Verschulden wirksame Beiträge nachträglich einrichtet. Schreiben Sie an den Geschäftsführenden am 28. April.

Hast Du Deine Pflicht erfüllt?

Das große Heer der Hand- und Kopfarbeiter hat sich zusammengeschlossen, das neue Deutschland zu der großen sozialen Gemeinschaft umzuformen, die unseren sozialistischen Vorkämpfern in ihrer mühevollen Pionierarbeit vorgeschwebt hat. Pflicht jedes einzelnen ist es, am Aufbau dieser sozialen Gemeinschaft mitzuwirken, Pflicht ist es aber auch, sich über die Begründung und die Möglichkeiten sozialistischer Aufbauarbeit ständig zu informieren. Und das kann nur durch den „Vorwärts“, das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, geschehen.

Wie bisher wird der „Vorwärts“ stets der beste Freund und Begleiter der Hand- und Kopfarbeiter sein, der für ihre gesamten Interessen innerhalb der Volksgemeinschaft unermüdet kämpft.

Mit seinem reichen Inhalt politischen, wirtschaftlichen und sozialen Charakters und seinem vorzüglichen Nachrichtenstand ist er immer mehr das Blatt der Klassenbewußten Volksgenossen geworden. Daneben bietet der „Vorwärts“ in seinen drei großen Sonderbeilagen „Volk und Zeit“, „Heimwelt“ und „Siedlung und Kleingarten“ eine solche Fülle unterhaltenden und belehrenden Stoffes, daß immer neue Kreise zu treuen Lesern des „Vorwärts“ zählen. Auch Deine Pflicht als Volksgenosse, der mitarbeitest am wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg, ist es, ein dauernder Leser des „Vorwärts“ zu werden und ihn zu abonnieren.

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 63, Lindenstr. 3, einzusenden.

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus für 10 Mark pro Monat Mai.

Name _____
Wohnung: _____
_____ Straße Nr. _____
vorn — Hof — Duergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts.
bei _____



TRADITION

Die neue PROBLEM Zigarette!

Noch kein Ententebescheid in Washington.

London, 27. April. Die Reuter aus Washington meldet, daß die amerikanische Regierung bis heute mittag keine von ermäßigter Seite herrührende Benachteiligung über die Haltung der Allierten erhalten. Unzweifelhaft wird das Staatsdepartement den Empfang einiger Angaben über die Annahmbarkeit der deutschen Gegenvorschläge abwarten, ehe es nach Berlin eine Antwort erteilt.

Beratungen in London und Paris.

London, 27. April. (Reuter.) Das Kabinett hat die deutschen Reparationsvorschläge heute vormittag beraten.

Paris, 27. April. (W.B.) Morgen vormittag tritt unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand der Ministerrat zusammen.

Paris, 27. April. (G.E.) Die französischen Sachverständigen traten heute vormittag in London unter dem Vorsitz Boucheurs zusammen. Am Nachmittag fand eine Konferenz der französischen und englischen Sachverständigen im britischen Schatzkanzleramt statt. Die Konferenz hatte hauptsächlich die wirtschaftlichen Ergebnisse der am 1. Mai durchzuführenden Zwangsmaßnahmen zum Gegenstande.

Botschafterrat gegen Schiedsgericht.

Paris, 27. April. (W.B.) Heute vormittag hat sich der Botschafterrat unter dem Vorsitz von Jules Cambon mit der Note vom 21. v. M. beschäftigt, in der Deutschland eine schiedsgerichtliche Entscheidung über gewisse strittige Punkte in der Auslegung verschiedener militärischer Bestimmungen des Vertrages von Versailles forderte. Auf Vorschlag der Interalliierten Militärkommission von Versailles wurde der Antrag der deutschen Regierung abgelehnt und die von der Berliner Kontrollkommission getroffenen Entscheidungen bestätigt.

Orgeß hochkollert die Entente. Die Organisation Eicherich erlitt einen Aufbruch zum Boykott gegen die Einfuhr französischer, englischer und anderer Waren der Entente entstammender Waren als Gegenmaßnahme gegen die Sanktionen. Orgeß steht mit dieser Kundgebung nicht allein da. Auch der deutsche Handel und die deutsche Industrie haben Aufrufe in die Welt hinausgeschickt, die sich gegen jede überflüssige Einfuhr von Ententewaren wehren. Sachlich können wir dieser Forderung nur zustimmen mit der einzigen Einschränkung, daß nicht nur Luxuswaren, die Entente-Ländern entstammen, sondern Luxuswaren aller Art und jeder Herkunft nach Deutschland nicht eingeführt werden dürfen. Seit Jahr und Tag fordern wir eine strenge Einfuhrkontrolle, denn Deutschland ist zu arm, um sich jede überflüssige Einfuhr zu erlauben. Wer diese Forderung durchbrochen hat, das waren die Eicherich in den Sonderbüden und ihre Sachwalter Hermes im Reichsernährungsministerium. — Im übrigen sind es gerade die agrarischen und großindustriellen Kriegsgewinnler, die bei Hitler und anderwärts französische und englische Kognak in Massen verdrücken. Es ist ernsthaft schade, daß erst die Feindseligkeit gegenüber der Entente ihnen zu der volkswirtschaftlichen Selbstverständlichkeit verholfen hat, auf ausländische „Beistand“ zu verzichten. Oder sollte nächsten russischer Alkohol die Lebensgeister der Reaktion wachhalten helfen?

Spickeltum in Sowjet-Rußland.

Während in den deutschen Kommunistenprozessen manche üble Tugenden in Erscheinung treten, die kein anständiger Mensch verteidigen wird, veröffentlicht der „Firn“-Verlag eine Schrift des bekannten Führers der russischen Sozialrevolutionäre Tschernow „Meine Schicksale in Sowjetrußland“, in der gegen das sowjetrussische Spickeltum geradezu erschütternde Anklagen erhoben werden. Tschernow erzählt und belegt mit Beispielen, daß sich Agenten der berüchtigten „Tscheka“, der außerordentlichen Kommission, für die illegale Arbeit der Sozialrevolutionäre meldeten, um diese der Polizei zu verraten. Eines dieser Subjekte, ein gewisser Subkow, wurde Untersuchungsrichter bei der Tscheka, nachdem ihm durch seine schmutzigen Methoden die Aushebung von drei Geheimdruckereien mit einem Schlag gelungen war.

Aus den Instruktionen der Tscheka gibt Tschernow allerdings interessante Anweisungen wieder, die sich u. a. auf die geheime Telephonüberwachung beziehen. Auch werden Agenten zu politischen Häftlingen in dieselben Zellen gesetzt, um ihnen Geständnisse zu entlocken und sie womöglich selber als Agenten zu werben. „Diese Methode“, heißt es in den Instruktionen, „hat bereits vorzügliche Resultate ergeben.“ An einer anderen Stelle wird ähnlich gesagt: „Die einen wirbt man durch Terrorisierung, die anderen durch Geld.“

Tschernow, ein alterfahrener Revolutionär, kommt zu dem Ergebnis, daß die Bolschewiki genau mit demselben Spickelapparat arbeiten wie einst der Zarismus. Er schreibt darüber:

Einstmals sprachen die Bolschewiki im Lobe der größten moralischen Enttötung von dem zaristischen Geheimdienst, der das menschliche Gewissen enttötet und mittels einer barbarischen Moralfolter — der Terrorisierung — wirkt. Es gab für sie keine Worte, die traß genug wären, die Geheimabteilungen — diese kleinen Wess-Fabriken aller Arten — zu brandmarken. Heute aber... heute richteten sie selbst schon lange die Fabrikation des Wess ein und brachten von der früheren Erfahrung nur noch eine Lehre mit, die in der „Geheiminstruktion“ die Form dieser Warnung annahm: „Man muß stets eingebend bleiben, daß die Geheimagenten eine Doppelrolle spielen und uns jederzeit verraten können.“ Im übrigen aber wurden die alten Dinge nur mit neuen Namen belegt. Statt der Geheimabteilung („Ohranka“) erschien die besser klingende „Außerordentliche Kommission“, statt des Polizeiführers das nicht weniger wohlklingende Wort „Scout“, die Prokureure nennt man jetzt nicht „Informatoren“, wie zur Zeit Stolypins, sondern „Geheimagenten“. Das ist der ganze Unterschied. Die Handlungen der bolschewistischen Ohranka sind aber durchweg noch häßlicher als die Tätigkeit der zaristischen Ohranka...

Das politische Spickeltum ist eine Best. Aber der Uebergang zum Kommunismus ist kein Mittel, es auszurotten.

Planlosigkeit — nicht Sozialismus!

Revat, 27. April. (G.E.) Die Einführung des freien Lebens mittelhandels hat in Petersburg, wie die „Krasnaja Gofeta“ mittelt, die Erscheinung gezeitigt, daß zahlreiche Personen die Arbeit verlassen und sich bei den Sowjetbehörden um die Erlaubnis bemühen, von Petersburg aufs Land zu fahren, um Lebensmittel bei den Bauern, die selbst nicht in die Stadt kommen, einzukaufen. Das Petersburger Gewerkschaftsblatt „Rachowik“ teilt mit, daß die Arbeiter heimlich Gegenstände für den Austausch gegen Lebensmittel verfertigen, während es ihnen nur gestattet ist, die für den Austausch hergestellten Waren durch die Genossenschaften zu vertreiben. Sie bleiben mehrere Tage von der Fabrik

fort und fahren mit ihren Erzeugnissen in überfüllten Eisenbahnzügen aufs Land. Die „Ekonomschetskaja Schin“ behauptet, daß der freie Handel ohne jeden Plan eingeführt sei. Die Wagnisfahrten aufs Land ruinierten die Eisenbahnen vollends.

Faschistenkämpfe in Turin.

Milano, 27. April. (G.B.) Infolge der Zerstörung der Arbeitskammer durch die Faschisten in Turin schritten die Arbeiter zur Besetzung von 10 Fabriken der Metallindustrie und erklärten gegen mittag den Generalstreik. Die Polizei traf umfassende Vorsichtsmaßnahmen. Vor allen öffentlichen Gebäuden und Banken wurden die Wachtposten verstärkt und die wichtigsten Verkehrspunkte der Stadt besetzt. Die Rotgardisten, die an der Verteilung der Arbeitskammer teilgenommen hatten, wurden verhaftet, und in der Arbeitskammer selbst wurden eine Anzahl Bomben und Revolver beschlagnahmt. Gegen Abend gelang es den Truppen, die Räumung der Fabriken zu erzwingen. Der Sekretär der Arbeitervereinerung wurde verhaftet und in deren Lokal eine Hausdurchsuchung vorgenommen.

In Gallaratesa wurden während einer Leichenrede am Grabe eines in den Parteikämpfen gefallenen Faschisten plötzlich auf die Versammelten geschossen. Es entstand eine Panik. Vier Personen wurden getötet und über 100 Personen verletzt. Nach der Beerdigung stritten die Arditti und Faschisten den Klub der Eisenbahner in Brand.

Logik eines Staatsanwalts.

Gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien hat der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages die Haftentlassung des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Bendelin Thomas abgelehnt. Thomas war am 24. März in München, nachdem er eine aufreizende Rede gehalten hatte, auf frischer Tat festgenommen und wegen Hochverrats zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die sozialistischen Parteien vertraten den Standpunkt, daß es sich um eine politische Straftat handle, wegen derer der Verurteilte nicht seiner Tätigkeit als Parlamentarier entzogen werden dürfe, und stimmten dementsprechend für Haftentlassung während der Dauer der Reichstagsstätigkeit. Die bürgerlichen Parteien aber waren aus Zweckmäßigkeitsgründen bedenklicher Art dafür, daß Thomas im Gefängnis bleiben müsse.

Außerordentlich charakteristisch waren dabei die Ausführungen, die der bayerische Abgeordnete Emminger, von Beruf Staatsanwalt, machte. Er meinte, Thomas habe zwar in seiner Rede nicht zu gemeinen Verbrechen aufgerufen, er habe sogar die Möglichkeit der Zeitungsberichte über die Mord- und Gewalttaten in Mitteldeutschland bestritten. Aber daraus gehe doch hervor, daß ihm die Zeitungsberichte bekannt gewesen seien. Und da ihm die Behauptung bekannt gewesen sei, habe er die evtl. Begehung von Mordtaten und Räubereien mit seinem Willen aufgenommen. Es liege hier ein dolus eventualis (bedingter Vorfall) vor, Thomas sei als gemeiner Verbrecher zu behandeln.

Nach dieser Logik wird man auch nächstens den Erbauer einer Eisenbahn als gemeinen Verbrecher behandeln müssen. Denn jeder, der eine Eisenbahn baut, weiß, daß auf der Eisenbahn tödliche Unfälle vorkommen; er nimmt also die Tötung der Passagiere mit in seinem Willen auf: dolus eventualis!

Jedenfalls, eins ist klar: Politik soll angeblich den Charakter verberben, sicher verdirbt die Juristerei noch mehr den Charakter. Wo aber Juristerei und reaktionäre Politik in einem Gehirne zusammenkommen... mehr sagen wir nicht, um uns nicht Unannehmlichkeiten seitens des Herrn Staatsanwalts und Abgeordneten Emminger auszusehen.

Die Rechtslage im Fall Friesland.

Der kommunistische Führer Friesland (Reuter) ist auf Veranlassung der deutschen Staatsanwaltschaft verhaftet worden. Zum Vorwurf gemacht werden ihm zahlreiche Verbrechen gegen Leib und Leben, die er im Jahre 1917 als Kommissar der russisch-bolschewistischen Regierung im Wolgagediet an den dortigen deutschen Kolonisten verübt haben soll. Nach der Darstellung einer Korrespondenz habe Friesland den Auftrag der Sowjetregierung gehabt, die dortigen Großbauern zum Bolschewismus zu bekehren oder mit den schärfsten Mitteln gegen sie vorzugehen. Das habe Friesland ausgeführt, indem er ein wahres Schreckensregiment einrichtete, Mordanschläge, Konfiskationen usw. vornehmen ließ.

Verhält sich die Sache so, dann besteht keinerlei Möglichkeit, Friesland durch deutsche Gerichte abzurufen. Das deutsche Strafgesetzbuch stellt in § 4 den Grundlag auf, daß wegen der im Ausland begangenen Verbrechen und Vergehen in der Regel keine Verfolgung stattfindet. Allerdings kann hieron gemäß Absatz 3 eine Ausnahme gemacht werden, wenn ein Deutscher im Ausland eine Handlung begangen hat, die nach dem Gesetze des Deutschen Reiches als Verbrechen oder Vergehen anzusehen ist und gleichzeitig durch die Gesetze des Ortes, an welchem sie begangen wurden, mit Strafe bedroht ist. Friesland ist zwar Deutscher, seine in Rußland begangenen Taten mögen auch nach deutschem Strafrecht strafbar sein, am Ort der Begehung aber waren sie nicht unter Strafe gestellt, falls Friesland im Auftrage der bolschewistischen Regierung gehandelt hat. Man mag vom moralischen Standpunkt aus über das Wüten russischer Sowjetkommunisten denken wie man will — niemand verurteilt moralisch dieses Treiben schärfer als wir —, aber vom rechtlichen Standpunkt wird gleichwohl daran festzuhalten sein, daß dieses Wüten der Aburteilung durch deutsche Gerichte nicht unterliegt. Jede Regierung würde es sich verbitten, daß einer ihrer Beauftragten wegen der in ihrem Lande begangenen Handlungen von den Gerichten eines anderen Landes zur Verantwortung gezogen wird. Was würde die deutsche Regierung z. B. dazu sagen, wenn ein reichsdeutscher Beamter, der bei der Unterdrückung kommunistischer Unruhen mitgewirkt hat, auf einer Reise durch Sowjetrußland festgehalten und dort wegen der von ihm in Deutschland getroffenen Maßnahmen vor Gericht gestellt würde? Zweifellos würde die deutsche Regierung den schärfsten Protest hiergegen erheben. Ein solcher ist auch von Seiten Sowjetrußlands zu erwarten, und — wie wir betonen — nicht ohne rechtlichen Grund. Denn die Wolgagedeutschen sind trotz ihrer deutschen Sprache Bürger des russischen Staatswesens, das Deutsche Reich hat keine Vertretungsbefugnis für sie. Wir können daher der Regierung nur dringend empfehlen, dieses rechtlich unmögliche und politisch unkluge Verfahren schleunigst einzustellen.

Der Vorkommensausschuß des Reichstages beschloß die politische Aussprache am Donnerstag fortzusetzen. In Aussicht genommen ist, Sonnabend und Montag sittingsfrei zu halten. Vor den Pfingstferien hofft man noch den Nachtragset für 1921 sowie die Beratung der Anträge über Aufhebung der Ausnahmeordnungen zu erledigen. Die Pfingstferien sollen vom 7. bis zum 31. Mai dauern.

Der Sturm auf Ludwig Coewe. In einem vor dem Sondergericht des Landgerichts I verhandelten Prozeß gegen fünf arbeitslose Kommunisten, welche den Versuch unternommen hatten, mit Gewalt den Betrieb von Ludwig Coewe stillzulegen, wurde gestern nachmittag das Urteil verkündet. Es wurden verurteilt: der Zeitungsredakteur Otto Lornseifer und der Kupferer Otto Wendi zu je 1 Jahr Gefängnis, der Dreher Fritz Schwarz und der Arbeiter Paul Bollmann zu je 9 Monaten und der Arbeiter Artur Kanthak zu 3 Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte Gefängnisstrafen von 1 Jahr bis zu 1 1/2 Jahren beantragt.

Wirtschaft

Arbeiterforderungen zur Kaltwirtschaft.

Die Gestaltung der Kaltwirtschaft ist weit über die an diesem Gewerbebezirk unmittelbar interessierten Arbeitgeber und Arbeiter hinaus von Interesse. Kalte, eines der wichtigsten Exportgüter der deutschen Volkswirtschaft, wird heute durchaus in unzulänglicher Weise und infolge einer verfehlten kapitalistischen Spekulation mit viel zu hohen Gestehungskosten ausgebeutet. Deshalb sehen auch die Vorschläge der Sozialisationskommission zu einer gemeinwirtschaftlichen Sozialisierung des Kalibergbaues übereinstimmend eine wirtschaftlichere Gestaltung (Definierung) der Kalterzeugung vor. Jetzt hat Genosse Georg Werner, Mitglied des Reichswirtschaftsrates und der Sozialisationskommission, im Verlag des Vorwärts eine sehr lehrreiche, vollständig gehaltene Darstellung der Verhältnisse der Kalindustrie unter dem Titel „Die Krise in der Kalindustrie“ geschrieben (Preis 3,50 M.), die zugleich die Abänderungsvorschläge zur Kaltwirtschaft kritisch würdigt. Das Büchlein geht u. a. auf die Forderungen der Kalindustriellen nach einer erneuten Preiserhöhung ein, die eine Verminderung des Abfahes nach sich ziehen würde. Die Verhältnisse haben sich derartig gestaltet, daß nicht abgewartet werden kann, bis sich die Sozialisationsvorschläge der Kommission und der Parteien durch den gewundenen Weg der Instanzen zu einem Gesehentwurf verdichtet haben. Daher sind von den freigewerkschaftlichen Arbeitnehmern Anträge in Vorbereitung, die eine Abänderung der Kaltwirtschaft und die Stilllegung unwirtschaftlicher Betriebe ermöglichen, ohne den Unternehmern untergeordnete Gewinne zuzuführen und ohne die betroffenen Arbeitnehmer dem Elend preiszugeben. Diese Anträge sind Gegenforderungen zu den von den Kalindustriellen ausgearbeiteten Vorschlägen.

Sie verlangen eine Abänderung des § 54 des Kaltwirtschaftsgesetzes, wonach eine Stilllegung von Kalwerken nur „gegen Entschädigung“ — ein sehr weiter Begriff! — erfolgen darf, durch ein Rotgesetz. Das Abweisen von Schäden soll bis auf besondere Ausnahmefälle auch weiter verboten bleiben. Unternehmer, deren Abbaus- und Abbauarbeiten nicht fortgesetzt werden dürfen, erhalten eine Entschädigung, die durch die Kalprüfungsstelle unter angemessener Berücksichtigung der Aufwendungen festzusetzen ist. Die letzte Entscheidung über die Ausnahmen und über die Art der Entschädigung liegt beim Reichskaiser, der bis zum 31. Dezember 1948 bei zwangsweiser Stilllegung eines Betriebes auch die bisherige Beteiligungsziffer ihm überlassen kann. Arbeiter und Beamte, die durch die Arbeitseinstellung betroffen werden, erhalten einen Ersatz für die ausfallenden Einnahmen bis zur Dauer von sechsundzwanzig Wochen oder bei Wiederfindung in eine entfernte Arbeitsstätte für die Umzugskosten. Jede Stilllegung eines Betriebes bedarf der Genehmigung des Reichskaisers. Dabei sind die beteiligten Gemeinden und die Betriebsräte der stillzulegenden Werke rechtzeitig zu hören.

Von den Vorschlägen des Reichskaisers unterscheiden sich diese Anträge dadurch, daß den stillgelegten Werken nicht grundsätzlich eine Beteiligung zugestanden wird, die nach Belieben verkauft werden kann und dem Unternehmer eine unverdiente Rente bringt, sondern daß eine für jeden Einzelfall besonders festzusetzende Entschädigung vorgesehen wird. Ebenso ist der gesetzliche Zwang der Stilllegungen beabsichtigt. Den fertigen Werken wird die Möglichkeit genommen, bei einer Stilllegung ihre Beteiligung am Kalabfall spekulativ zu veräußern. Durch diese Abänderungen, die, konsequent durchgeführt, entweder das Kalisindikat oder den Reichskaiser zum Träger oder Verwalter der stillgelegten Werke machen müssen, soll nur den augenblicklichen Gefahren gesteuert werden, ohne einer weitergehenden Sozialisierung des Bergbaues irgendwie vorzugreifen.

Die Anträge sollen in kürzester Frist endgültig formuliert und den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt werden.

Bergmann Elektrizitätswerke Aktien-Gesellschaft, Berlin. In der Aufsichtsratsitzung der Bergmann Elektrizitätswerke, Aktien-Gesellschaft, Berlin, wurde seitens des Vorstandes die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1920 vorgelegt. Daraus ergibt sich nach erhöhten Abschreibungen ein Reingewinn von 12,8 Mill. M. gegen 7,4 Mill. M. im Vorjahre, aus dem eine Dividende von 15 Proz. gegen 12 Proz. im Vorjahre verteilt werden soll. Eine Erhöhung des Aktienkapitals um 20 auf 100 Mill. M. wird beantragt. Die Gesellschaft hat genügend Aufträge, um noch für längere Zeit ausreichend beschäftigt zu sein.

Rückgang der Haldebestände im Ruhrrevier. Infolge guter Bogenstellung für die Kohlentransporte des Ruhrreviers haben die Lagerbestände an Kohlen in der vergangenen Woche wiederum um rund 119 518 To. abgenommen. Sie betragen am 23. d. M. 525 727 To.

Neue Verschmelzung in der Berliner Brauindustrie. Zwischen der Berliner Rindl-Brauerei und der Brauerei Königstadt ist eine Vereinbarung zustande gekommen, der zufolge die Berliner Rindl-Brauerei K. O. den gesamten Brauereibetrieb einschließlich der dazugehörigen Mobilien sowie Borräte und Kuchensätze gegen Barzahlung übernimmt. Die Brauerei Königstadt K. O. behält nur noch ihren Grundbesitz. Nachdem die Brauerei Königstadt im vergangenen Jahre in ihrem eigenen Brauereibetrieb die deutsche Bierbrauerei, Abteilung Bichelsdorf, und des ehemaligen Münchener Brauereies erworben hatte, geht dieses gesamte Brauereirecht, das einem Friedensausstoß von rund 450 000 Hektolitern entspricht, auf die Berliner Rindl-Brauerei über.

Besserung der französischen Handelsbilanz. Die Einfuhr nach Frankreich betrug im ersten Vierteljahr dieses Jahres 5,35 Milliarden Franken gegen 9,37 Milliarden in der gleichen Vorjahrszeit. Die Ausfuhr, die im ersten Vierteljahr vorigen Jahres nur 4,5 Milliarden betragen hatte, stieg dagegen in der Berichtszeit auf 5,46 Milliarden Franken. Der Einfuhrüberschuß des Vorjahres, der 4,8 Milliarden Franken betragen hatte, hat also einem geringen Ausführüberschuß Platz gemacht.

Der Rückgang des amerikanischen Linsenhandels. Nach der „Chicago Tribune“ ist die amerikanische Einfuhr im März um 105 Millionen Dollars gegen den Februar zurückgegangen. Ihr Wert beträgt insgesamt 884 gegen 820 Millionen im März des Vorjahres. Die Einfuhr fiel auf 288 Millionen von 296 im März des vergangenen Jahres. Die Goldausfuhr betrug 106 Millionen Dollars, die Goldausfuhr 700 000 Dollars.

Die Abfahrtskrise in Amerika. Die „Chicago Tribune“ meldet: Nach amtlichen Statistiken der Vereinigten Staaten ist die Ausfuhr von Fleisch und Mehl um 60 Proz., Baumwolle um 50 Proz. gesunken. Die Ausfuhr von Getreide ruht. — Die Zahl der ausgehend nach Amerika gelegten Schiffe im Hafen von New York beträgt 683 mit Gesamttonnage von 4 279 000 Tonnen.

Gewerkschaftsbewegung

Der Reichstarif in der Holzindustrie.

Die Verhandlungen über einen neuen Reichstarif in der Holzindustrie haben sich, wie wir berichtet haben, zerschlagen. Die Absicht, die diesen Verhandlungen zugrunde lag, geht dahin, an die Stelle des „Reichstarifs“, der mit dem Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe abgeschlossen war und einer Anzahl von Bezirks- und Ortsverträgen, die nach dem Muster dieses Reichstarifs mit anderen Unternehmerorganisationen vereinbart waren, einen „einheitlichen Reichsmantelvertrag“ zu setzen, der mit der Reichsberufs-Hochgruppe Möbelindustrie und Tischlergewerbe“ abgeschlossen werden soll. Diese Reichsberufs-Hochgruppe ist erst in neuerer Zeit, hauptsächlich zum Zwecke des Vertragsabschlusses ins Leben gerufen worden. Sie ist ein noch ziemlich lockeres Kartell, das die meisten der recht zahlreichen Organisationen der Unternehmer in der Holzindustrie umfaßt.

Die bisher geltenden Verträge, die am 15. Februar abgelaufen waren, sind wiederholt, zuletzt bis zum 31. März verlängert worden. Als sich aber die Verständigung über den neuen Vertrag als unmöglich erwies, gingen die Parteien Anfang März in Stuttgart auseinander, ohne die Verträge weiter zu verlängern. Seit dem 1. April besteht also in der Holzindustrie ein vertragsloser Zustand. Die wichtigsten Punkte, an denen die Verhandlungen gescheitert waren, betrafen die Betriebsvertretung, d. h. die Rechte der Vertrauensmänner der Arbeiter in den Kleinbetrieben, in denen eine Vertretung auf Grund des Betriebsrätegesetzes nicht zu wählen ist, und die vertragliche Regelung des Behringens.

Inzwischen haben die Unternehmer ihre Generalversammlungen abgehalten, und die dort gefassten Beschlüsse gaben die Möglichkeit, die abgebrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen. Am 22. April traten die Vertreter der Parteien in Berlin zusammen, und in dreitägigen Beratungen ist es gelungen, über die erwähnten schwierigen Punkte eine Verständigung zu finden. Noch sind aber wichtige Punkte des Vertrages nicht beraten und es wird noch reichlich Arbeit kosten, das Vertragswerk zustande zu bringen. Zunächst haben die Parteien vereinbart, die Verhandlungen am 5. Mai in Nürnberg fortzusetzen. Des weiteren ist vereinbart worden, die am 1. April abgelaufenen Verträge wieder aufleben zu lassen und sie bis zum 1. Juli zu verlängern.

Es besteht nunmehr die Hoffnung, einen Reichstarif zustande zu bringen. Da der Verhandlungstag des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes am 5. Juni in Hamburg zusammentritt, wird er voraussichtlich auch Gelegenheit haben, sein Urteil über das Ergebnis der Verhandlungen abzugeben.

Wie man Gesetze achtet.

Wieder einmal hat eine Verfügung, aus dem Arbeitsministerium kommend, das Licht der Welt erblickt, die verdient, der breiten Öffentlichkeit bekanntgemacht zu werden. In Heft 25, Nr. 423 des „Reichsverordnungsblattes“ wird sie, von Herrn Dr. Ritter unterschrieben, verkündet. Sie legt den § 36 des B.R.G. in einer Weise aus, die eine ordnungsgemäße Vertretung der Angestellten bei den dem Arbeitsministerium angegliederten Behörden fast unmöglich macht. Diese Auslegung steht zudem im Widerspruch zu dem klaren Wortlaut des § 101 des B.R.G., der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz durch das Arbeitsministerium nur dann zuläßt, wenn vorher der Staatsrat und eine Sachverständigen-Kommission des Reichstags gehört und seine Zustimmung erteilt hat. Hier wird also das Gesetz einfach durchbrochen, während das B.R.G. auf der anderen Seite von seinen Angestellten die Anerkennung und genaue Befolgung der Gesetze verlangt. Wie ist es überhaupt möglich, daß eine solche Verfügung nicht vom Minister selbst unterschrieben wird? Weiß Herr Minister Dr. Brauns von dieser Verfügung und deckt er dieselbe mit seiner Person?

Im nämlichen Heft, zwei Seiten weiter, regelt eine wiederum von Dr. Ritter geschriebene Verfügung die Tagelöhner der Beamten. In diesem Herrn nicht der große Unterschied aufgefassen, der sich bei der Bemessung von Tagelöhnern für Beamte im Vergleich zu den Betriebsräten zeigt? Besonders hingewiesen sei auf die Tagelöhner der Beamten für teure Orte. Dafür werden Summen von 50, 60, 70, 80 und 90 M. pro Tag ausgemessen, der Betriebsrat hat sich mit 35 M. abzufinden. Wo bleibt hier das soziale Verständnis? Weiter enthält die Verfügung eine Aufforderung, schon jetzt eine genaue Aufstellung der Kosten für Betriebsräte zu machen und falls ein Betriebsratsmitglied bei einer großen Behörde vom Dienst entbunden ist, sein Einkommen auf die Kosten (§ 36) zu schlagen. Man will den Beweis erbringen, daß die Betriebsräte „zu teuer“ sind, um sie beseitigen zu können. Die Betriebsräte sind diesen Herren schon längst ein Dorn im Auge,

denn der alte Befehlsgelbst muß sich ja wieder entwickeln und der freigeitliche Luftzug gänzlich wieder verschwinden.

Die Verfügung enthält ferner einen Passus, der den Betriebsräten in ganz außergewöhnlichen Fällen und bei Inanspruchnahme für einen ganzen Tag volle 8 M. Aufwandsentschädigung zubilligt. Die Betriebsräte wissen, daß ihr Amt ein Ehrenamt ist und sind stolz darauf. Wenn sie aber im Interesse ihrer Kollegen und der Behörde ihre Pflicht tun, dann wird man wohl bei ihren unzulänglichen Einkünften nicht noch verlangen, daß sie Geld aus ihrer Tasche zulegen. Kein Betriebsrat wird Aufwände machen, die nicht nötig sind, aber kein Mensch wird ihm sagen können, wo man für 8 M. Mittag- und Abendbrot bekommt. Man soll es den Betriebsräten überlassen, dafür zu sorgen, daß keine unnötigen Ausgaben gemacht werden, man soll aber bei Einreichung der Kostenaufstellung nicht päpstlicher als der Papst sein und um Pfennige feilschen. Vor allen Dingen aber müssen Gesetze geachtet werden, und wenn schon Ausführungsbestimmungen nötig sind, dann keine die eine Verschlechterung, sondern eine Verbesserung bringen, denn das B.R.G. ist schon schlecht genug.

Nachtversammlung der Schauspieler.

Die Berliner Schauspieler, die mit der Gewerkschaftspolitik der Deutschen Bühnengenossenschaft unzufrieden sind, hatten sich in der Mittwochnacht im Kleinen Theater zu einer Protestversammlung zusammengesunden. Für diese Künstler ist der Name „Prominente“ aufgekommene. Die so Genannten protestieren dagegen, daß sie sich selber diese Bezeichnung zugelegt hätten. Sie wollen nicht etwa einen Verein der kapitalistisch bevorzugten Schauspieler gründen, sondern alle künstlerischen Bühnenkräfte, auch die Kleinsten, in ihre Gemeinschaft aufnehmen. In der Nachtversammlung sprach Paul Wegner, der zum Vorsitzenden des neuen Vereines der Berliner Bühnenkünstler ernannt worden ist. Wegner ist ein scharfer Gegner der reinen Gewerkschaftspolitik und auch all der Kartellbestrebungen, in die die Deutsche Bühnengenossenschaft durch ihre Zugehörigkeit zum Afabund hineingelenkt worden ist. Er wurde unterstützt durch Eugen Burg und andere „Prominente“, die gegen diese reine Gewerkschaftspolitik der Schauspieler die reine Kunstpolitik aufstellen wollen. Die Prominenten sind auf der letzten Delegiertenversammlung in Frankfurt a. M. sehr hart angefaßt worden. Die Deutsche Bühnengenossenschaft will es ihnen nicht gestatten, daß sie einen Sonderbund bilden. Sie sollen höchstens als Sonderfraktion zugelassen werden und innerhalb der Bühnengenossenschaft, aber nicht unabhängig von ihr, ihre besondere Kunstpolitik betreiben. Es handelt sich da um eine formalrechtliche Streitigkeit, die der Spaltung des neuen Vereines zugunsten der Bühnengenossenschaft auslegte. Schließlich wurde in der dritten Morgenstunde eine Bitte ausgelegt, in die sich die Mitglieder des neu zu begründenden Vereines eintragen sollten. Das Ergebnis war, daß in der Nacht mehr als hundert Bühnenkünstler sich zu dem neuen Verein bekannten, so daß jetzt zusammen mit den schon eingeschriebenen Mitgliedern circa 280 Schauspieler und Schauspielerinnen die Kampfpolitik der Prominenten gegen die Bühnengenossenschaft aufnehmen wollen.

Keine Zustimmung zu Kündigungen.

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß Arbeiter- oder Angestelltenräte Zustimmungen zu Kündigungen von Arbeitern oder Angestellten den Arbeitgebern gegenüber abgeben. Die Arbeiter- oder Angestelltenräte handeln hierbei in vollständiger Verletzung der gesetzlichen Bestimmungen. Nach dem § 84 des Betriebsrätegesetzes können gekündigte Arbeitnehmer gegen die erfolgte Kündigung Einspruch beim Arbeiter- oder Angestelltenrat erheben. Der Arbeiter- oder Angestelltenrat soll dann nach dem § 86 des B.R.G. Verhandlungsverhandlungen mit dem Arbeitgeber führen. Wenn eine Verständigung nicht gelingt, kann der Arbeiter- oder Angestelltenrat oder der betroffene Arbeitnehmer den Schlichtungsausschuß anrufen. Das Gesetz fordert nicht, daß sich der Arbeiter- oder Angestelltenrat dem Arbeitgeber gegenüber erklärt, ob er mit der Kündigung des Arbeitnehmers einverstanden ist, sondern weist der Arbeitnehmervertretung nur die Aufgabe zu, Verhandlungsverhandlungen zu führen und dem Arbeitnehmer Kenntnis von dem Ergebnis zu geben. Sind die Verhandlungsverhandlungen für den Arbeitnehmer erfolglos, kann er selbst oder durch den Arbeiter- oder Angestelltenrat den Schlichtungsausschuß anrufen. Die Spruchpraxis des Schlichtungsausschusses geht nun dahin, Einsprüche von Arbeitnehmern gegen Kündigungen sofort zurückzuweisen, wenn der Arbeiter- oder Angestelltenrat seine Zustimmung zur Kündigung gegeben hat. Dem Arbeitnehmer ist dann jedes Verfolgen seiner Rechtsansprüche vor den gesetzlichen Instanzen unmöglich gemacht. Um die Arbeitnehmer vor diesem Schaden zu bewahren, darf kein Arbeiter- oder Angestelltenrat Zustimmungserklärungen zu Kündigungen abgeben.

Es ist auch gar nicht einzusehen, weshalb die Arbeitnehmervertretungen sich zu Zustimmungserklärungen gebrauchen lassen. So lange den Betriebsvertretungen kein Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen zugebilligt wird, haben sie auch keine

Beratsaffung dazu, eine ausdrückliche Zustimmung zu einer Kündigung zu geben.

Wir bitten in Zukunft im Sinne der vorstehenden Ausführungen zu verfahren.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Wirtschaftsbeihilfe für Chemigraphen, Kupfer- und Lichtdrucker.

Im Chemigraphie- und Lichtdruckgewerbe kam es zu folgender Vereinbarung, nachdem eine Vohnerhöhung abgelehnt worden war: „Alle Gehilfen erhalten für Monat April und Mai folgende Wirtschaftsbeihilfe: Verheiratete Gehilfen 65 M., ledige Gehilfen 43 M. Die Wirtschaftsbeihilfe ist zahlbar am Vohntag der letzten Lohnwoche der Monate April und Mai (29. April und 27. Mai).“

Bei Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses infolge Krankheit, eigener Kündigung und bei Antritt eines neuen Arbeitsverhältnisses ist die Wirtschaftsbeihilfe anteilig zu zahlen, für verheiratete Gehilfen 15 M. und für ledige Gehilfen 10 M. in der Woche.

Abteilungsleiter, Oberdrucker im Sinne der zuständigen Paragraphen des Tarifvertrages, auch wenn sie monatliche Gehaltsempfänger sind, haben Anspruch auf die Wirtschaftsbeihilfe.

Weiter verpflichteten sich die Unternehmer, bis zum 15. Juni durch Entscheidung der Gruppen den Tarifämtern bekanntzugeben, ob diese Wirtschaftsbeihilfe auch im Monat Juni gewährt werden soll.

Moskau oder Amsterdam?

Die Funktionäre des Deutschen Transportarbeiterverbandes (Bezirk Groß-Berlin) nahmen am Dienstag zur Frage „Moskau oder Amsterdam?“ Stellung. Als Referent sprach Handelsratsarbeiter Barmich eine Lanze für die Moskauer Internationale. Anknüpfend an die Kriegspolitik des Gewerkschaftsbundes kam er nach Ausführungen über die Arbeitsgemeinschaften zu der ungeheuerlichen Behauptung: „Die Gewerkschaftsbureauschaftliche Internationale verkauft die freigewerkschaftliche Internationale an die gesamte Kapitalistenklasse.“ Ein Sturm der Entrüstung brach aus und die Anrede und die Zurufe: „Wo ist der Beweis dafür?“ wiederholten sich, als der Demagoge erklärte: „Sie ist „gelb“ geworden dadurch, daß sie vom internationalen Bänderbund subventioniert wird.“

Handelsratsarbeiter Seher als Korreferent sprach für die Amsterdamer gewerkschaftliche Internationale. Daß er dabei auch heftig scharfende sozialgeschichtliche und wirtschaftsgeschichtliche Ausführungen machte, behagte dem kommunistischen Teil der Anwesenden ebensowenig, wie seine sich darauf stützenden Angriffe gegen den Versuch, eine von der kommunistischen Internationale abhängige und unter ihrer Leitung stehende neue gewerkschaftliche Internationale zu schaffen. Wenn die Moskauer Grundzüge zur Geltung kämen, würden schließlich die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften zusammenschmelzen auf die viel geringeren Mitgliederzahlen der einzelnen politischen Parteien. Nach allen Erfahrungen würde auch die Moskauer kommunistische Internationale, wenn sie durch ihre Jellen das gesteckte Ziel nicht erreichte, vor gewalttätigen Spaltungsversuchen nicht zurückschrecken. Demnach bedeute das Programm Moskau auf jeden Fall Zerspaltung. Und das in einer Situation, die die Einheit der Gewerkschaftsbewegung dringend erfordere. Darum sei unbedingt festzuhalten an der Amsterdamer gewerkschaftlichen Internationale mit ihren 25 Millionen Mitgliedern, die gerade über die Länder mit ausschlaggebender Bedeutung verteilt seien. Es wäre ein Verbrechen, die mächtigste gewerkschaftliche Internationale zu zerschlagen zugunsten der politischen Anschauungen einer einzelnen Parteiführung. (Unhaltender Beifall.)

Die Diskussion wurde wegen der vorgerückten Zeit vertagt. Einstimmig angenommen wurde ein Antrag, vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zu fordern, daß er die Aufhebung der Sondergerichte und die Freilassung sämtlicher politischen Gefangenen verlangt.

Eisenbahnstreik in Italien. Die Eisenbahner in Benedig und Trient sind wegen Lohnfragen in den Ausstand getreten.

Funktionäre des Zentralverbandes der Angestellten. Heute abend 7½ Uhr in der Neuen Wilhelmstraße, Köpenicker Straße 96/97, Allgemeine Funktionärenversammlung. Kurt Feinig referiert über: „Die Wirtschaftsfrage und die Sanktionen“. Einfluß nur gegen Vorzeigung des Funktionärsausweises und des Mitgliedsbuches.

Aus der Partei.

Günstige Entwicklung in Breslau. Aus dem Jahresbericht des Sozialdemokratischen Vereins Breslau geht hervor, daß sich die Mitgliederzahl im letzten Jahr von etwa 20.000 auf 24.000 Mitglieder hob. Die U.S.P. besitzt in Schlesien überhaupt keine eigene Parteizeitung mehr. Für einige niederösterreichische Kreise und die Lausitz wird ein Kopfbuch der Berliner „Freiheit“ ausbezogen.

Bericht für den edelst. Teil: Dr. Werner Veiter, Charlottenburg; für Arbeiter: Th. Glanz, Berlin; Bericht: Hermann Veiter, G. M. D. Berlin; Druck: Hermann Veiter, Berlin; Bericht: Paul Zinner u. Co., Berlin; Druck: S. Stern und Kollegen und Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“.

HERMANN TIETZ

Besonders preiswert
Keksmischung 1/2 Pfund 2²⁵
Albert-Keks 1/4 Pfund 2⁵⁰

Fische		Wurstwaren	
Leb. Karpfen..... Pfund	12 ⁰⁰	Rotwurst	Pfund 11 ⁰⁰
Leb. Hechte	Pfund 10 ⁵⁰	Landleberwurst ..	Pfund 12 ⁰⁰
Kabliau kopflos, im ganzen	Pfund 2 ²⁰	Sülzwurst	Pfund 14 ⁰⁰
Seelachs kopflos, im ganzen	Pfund 2 ²⁰	Fleischwurst	Pfund 19 ⁰⁰
Bratschollen..... Pfund	95 Pl.	Grobe Mettwurst	Pfd. 18 ⁵⁰
Makrelen geräucherl. Pfund	4 ⁰⁰	Hausm.-Leberwurst	Pfd. 19 ⁵⁰
Schleibücklinge domm., .. Pfund	5 ⁰⁰	Mettwurst nach Braun-schweiger Art. Pfd.	20 ⁵⁰
Salzheringe grose ... Stück	35 Pl.	Teewurst	Pfund 25 ⁰⁰

Gemüse — Obst	
Rhabarber..... Pfund	40 Pl.
Spinal	Pfund 45 Pl.
Salat..... Kopf	1 ²⁰
Radieschen..... Bund	25 Pl.
Zitronen	3 Stück 1 ¹⁰
Apfelsinen ... Stück von	50 Pl. an

Leberwurst 2 Pfund-Dose 3⁸⁰ 4 Pfund-Dose 7²⁵

Leipziger Str. • Alexanderplatz

Frisches Fleisch	
Kalbskamm	Pfund 8 ⁵⁰
Kalbskeulen	Pfund 10 ⁰⁰
Suppenfleisch ..	Pfund 9 ⁵⁰
Schmorfleisch ..	Pfund 11 ⁵⁰
Fr. Schweine	Pfund 15 ⁰⁰
Schweinebauch ..	Pfund 14 ⁰⁰
Gehacktes Rindfleisch. Pfd.	11 ⁰⁰

Amerikan. Heereskost 3⁵⁰
 Rindfleisch mit Bohnen, 2 engl. Pfd.-Dose

Getrocknete Kaninchen 4⁰⁰
 ohne Kopf und Füße

Kolonialwaren	Käse — Fette
Gebrannter Kaffee Pfd.	19 ⁰⁰
Tafelreis..... Pfund	2 ⁴⁰
Vollreis	Pfund 3 ⁸⁰
Rangoon-Bohnen Pfd.	80 Pl.
Nudeln	Pfund 5 ⁹⁰
Haferflocken..... Pfund	2 ³⁵
Hafergrütze..... Pfund	2 ⁵⁰
Graupen	Pfund 2 ⁸⁰
Kartoffelmehl	Pfund 3 ⁰⁰
Maisgriess	Pfund 2 ³⁰
Edamer Käse	Pfund 19 ⁰⁰
Dän. Goudakäse Pfund	10 ⁰⁰
Ausl.-Käse n. Harzer Art. Pfd.	9 ⁰⁰
Tilsiter Käse..... Pfund	5 ⁷⁵
Landkäse	Pfund 7 ⁴⁰
Margarine	Pfund 7 ⁹⁰
Margarine allerleiate Qualität, 1/4 Pfd.-Pak.	5 ²⁵
Butterfett	Pfund 10 ⁰⁰
Talg ausgelesen..... Pfund	7 ²⁵
Kokosfett in Tafeln... Pfund	9 ⁹⁵

Puddingpulver

Holl. Pudding Paket von	90 Pl. an
Griesspuddingpulver m. Mandel, Zitronen	95 Pl. mit Vanille
Puderpudding Paket	1 ⁵⁰
Puddingpulver z. Bereitung einer Schokoladenpudding	2 ⁰⁰
Rote Grütze	Paket 4 ⁰⁰
Sosspulver mit Vanillegeruch..... Paket	45 Pl.

Donnerstag und Freitag Reste-Gage u. a. Wollstoffe, Seidenstoffe, Waschestoffe, Spitzen, Bänder, Gardinen usw. zu sehr vorteilhaften Preisen

Nur Alexanderplatz
Ausstellung von Balkon- und Gemüsepflanzen
 des Berliner Hausfrauen-Vereins